

# Tabak-Arbeiter

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporteurs sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung.

Inserte müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. zu senden.

Nr. 26.

Sonntag, den 25. Juni.

1905.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

**Zur gest. Beachtung!** Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Gäßstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

## An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands!

Der Verband der Tabakarbeiter ist durch rücksichtsloses Vorgehen der Zigarettenfabrikanten in Dresden in einen Kampf gedrängt worden, der ihn veranlaßte, die Hilfe der gesamten organisierten Arbeiterschaft in Anspruch zu nehmen. Die Lohnbewegung der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden schien anfänglich einen ruhigen Verlauf zu nehmen. Plötzlich brachen die Fabrikanten die Unterhandlungen ab, vereinigten sich zu gemeinsamem Vorgehen gegen die Arbeiterinnen und forderten von diesen die schriftliche Erklärung, daß sie aus dem Tabakarbeiterverband ausgetreten seien. Als die Arbeiterinnen eine solche Zustimmung zurückwiesen, wurden sie am 27. Mai in einer Anzahl von rund 4000 ausgesperrt.

Es handelt sich hier um einen regelrechten Angriff der Unternehmer gegen das Koalitionsrecht der Arbeiterinnen, der von der gesamten organisierten Arbeiterschaft einmütig zurückgewiesen werden muß. Auf Antrag des Vorstandes des Tabakarbeiterverbandes nahm die Generalkommission deshalb Veranlassung, gemäß den auf dem Gewerkschaftskongress in Köln a. Rh. bezüglich der Streikunterstützung gefaßten Beschlüssen die Vorstände der Verbände zu befragen, ob zur Unterstützung der Aussperrten eine allgemeine Sammlung veranstaltet werden solle. Die Vorstände stimmten dem Vorschlag zu, und wir richten nunmehr an die organisierte Arbeiterschaft die Bitte, Beiträge zur Unterstützung der ausgesperrten Zigarettenarbeiterinnen in Dresden zu leisten. Die Unterstützungsbeiträge sind gemäß den in Köln getroffenen Bestimmungen nicht an die im Kampfe befindliche Organisation, sondern an die Generalkommission zu senden, und wir bitten, für die Sendung folgende Adresse zu benutzen:

S. Kube, Engel-Ufer 15, Berlin SO. 16.

Ueber die eingehenden Beträge wird im Korrespondenzblatt quittiert. Besondere Quittungen werden den Einsendern nicht zugestellt.

Mit Gruß

Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.  
C. Legien.

## Die Zusammenlegung der Arbeiterversicherungs-Gesetze.

Die Verschmelzung der Versicherungs-Gesetze für Arbeiter, als des Krankenkassen-, Invaliditäts- und Alters- und des Unfallversicherungs-Gesetzes hat die Sozialdemokratie bekanntlich seit Jahren gefordert und die Reichsregierung hat schließlich ebenfalls erkennen müssen, daß es ohne eine Zusammenlegung dieser drei Versicherungszweige nicht lange mehr angeht. Auch in der soeben geschlossenen ersten Session der elften Legislaturperiode des Reichstags hat, und zwar am 2. März laufenden Jahres, der Staatssekretär Graf von Posadowsky auf die Notwendigkeit einer einheitlichen Organisation hingewiesen.

Bei der Wichtigkeit, die diese Frage der Vereinfachung und Verschmelzung der sozialpolitischen Versicherungs-Gesetze für unsere Leser besitzt, geben wir die entscheidenden Stellen aus der Rede des Staatssekretärs nach dem Stenogramm wieder.

Graf Posadowsky führte aus:

„Wenn wir heute res integra\* hätten, würde doch kein vernünftiger Mensch, glaube ich, daran denken, eine besondere Organisation der Krankenversicherung, eine besondere Organisation der Unfallversicherung und eine besondere Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung zu schaffen. Unfall, Krankheit und Invalidität sind doch drei, ich möchte sagen, physiologische Zustände, die miteinander in ihren Ursachen und Wirkungen zusammenhängen.“

Das sogenannte System unserer sozialpolitischen Gesetzgebung ist lediglich ein Erzeugnis chronologischer Entwicklung. Würde man heute die sozialpolitische Gesetzgebung neu aufbauen, dann wäre, glaube ich, in diesem Hause nicht der geringste Streit darüber, daß eine einheitliche Organisation geschaffen werden müßte.“

Wenn der Zeitpunkt einer so wichtigen Reform gekommen sein würde, hat der Staatssekretär des Innern nicht gesagt, er sprach nur noch die Hoffnung aus, daß ihm das Schicksal Amts- und Lebensdauer und Lebenskraft genug lassen möge, dieses Werk selbst durchzuführen. Ebensovienig sprach sich der Graf darüber aus, wie

\* res integra; wenn wir heute erst mit der Versicherung überhaupt beginnen würden.

er sich die Verschmelzung der drei Versicherungsformen in eine einzige denke. Nur ganz im allgemeinen äußerte er noch, er glaube, daß die Entwicklung dahin gehen müsse, daß man einen Unterbau unter berufsmäßiger Leitung schafft, der die sozialpolitische Gesetzgebung innerhalb beschränkter Verwaltungsbezirke in erster Instanz auszuführen hat, der alle Anträge auf ihren sachlichen Inhalt prüft, die Einziehung der Beiträge leitet, die Rentennempfänger überwacht, das Seilverfahren anordnet und die Zahlung der Renten veranlaßt. Er könne sich ferner sehr wohl denken, daß einem solchen selbständigen Unterbau der Gewerbebeamte, der Kreisarzt angegliedert wird, und daß so eine sozialpolitische Behörde für engere Bezirke entsteht, die ein wirksames, örtliches Organ für die Ausführung der Sozialpolitik des Staates, seiner sozialpolitischen Fürsorge überhaupt sei.“

Diesen allgemeinen Andeutungen des Grafen Posadowsky ist allerdings beim besten Willen nicht zu entnehmen, welche Rolle in dieser sozialpolitischen Behörde die Arbeiter und die Unternehmer zugeteilt erhalten sollen, obgleich deren Mitwirkung, wie schon heute, auch bei der künftigen einheitlichen Organisation der Arbeiterversicherungen gar nicht zu umgehen ist.

Da ist es denn interessant, die Vorschläge zu einer Abänderung und Vereinfachung der Arbeiterversicherungs-Gesetze kennen zu lernen, die der Vorstand der Dresdener Ortskrankenkasse, die derselbe sowohl für sich wie als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich im April dem deutschen Reichstag als Petition unterbreitet hat.

Zwar ist diese Petition infolge des plötzlichen Sessions-schlusses des Reichstags nebst vielen anderen Gesetz-entwürfen, Initiativanträgen und Petitionen völlig unter den Tisch gefallen, aber nichts hindert, diese Vorschläge in der einen oder andern Form sogleich bei Beginn der zweiten Session im Herbst dieses Jahres wieder zur Diskussion zu stellen. Jedenfalls aber ist dieses Vorgehen der zentralisierten Ortskrankenkassen geeignet, das Tempo zu beschleunigen, in welchem die Reform eines „allmächtigen und kräftigen Diktators“ — Graf v. Posadowsky's eigene Worte! — zum Besten der vielen Millionen deutscher Arbeiter und Arbeiterinnen vor sich gehen soll. Der Staatssekretär glaubt nämlich den einheitlichen klaren und schnell arbeitenden neuen Organismus nur schaffen zu können, „wenn sich ein Reichstag findet, der, falls ihm ein solches Gesetz vorgelegt wird, darauf verzichtet, in alle Einzelheiten desselben hineinzugehen, der vielmehr mit einem gewissen Vertrauen die großen Grundzüge eines solchen Gesetzes annimmt und dann der bessernden Hand der Zukunft den allmählichen weiteren Ausbau einer solchen gemeinschaftlichen Grundlage überläßt.“

Damit mutet der Graf der deutschen Volksvertretung also einen Sprung ins Dunkle zu und fordert Vertrauen zu dem „Diktator“, der ein solches Gesetz vorlegen würde.

Das ist ein wenig viel verlangt. Sollte dem Reichstag wirklich zugemutet werden, bei einer so ungeheuer wichtigen Frage, wie es die der Arbeiterversicherung von Staats wegen ist, gewissermaßen die Kap' im Sack zu kaufen, so müßte vor allem die sozialdemokratische Fraktion entschiedene Verwahrung dagegen einlegen, zumal inzwischen der Reichskanzler sich in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 26. Mai dieses Jahres bei Gelegenheit seiner Rede zur Bergarbeiter-novelle gewissermaßen dahin selbst verraten hat, daß der sozialdemokratische Einfluß in den Krankenkassen gebrochen werden müsse, der nunmehrige Fürst Bülow sagte nämlich zur Verteidigung der Arbeiterausschüsse unter anderem:

„... ich gebe Herrn v. Seydebrand zu, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden hat, schon bestehende sozialpolitische Organisationen, so besonders die Krankenkassen, zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung lediglich für Parteizwecke auszubenten. Zu verhindern, daß das nicht auch bei den Arbeiterausschüssen geschieht, ist die Regierung durchaus bereit usw.“

Wer ein wenig zwischen den Zeilen zu lesen versteht, wird hieraus, sowie aus der „Uebereinstimmung der Grundanschauung“, welche zwischen der Regierung und der konservativen Partei „in der Kardinalfrage der inneren Politik, der Bekämpfung der verfassungswidrigen, revolutionären und staatsfeindlichen Utopien der Sozialdemokratie besteht“ — das sind nämlich alles Worte des Reichskanzlers! — erkennen, daß die Regierung die erste beste Gelegenheit dazu benutzen wird, den Einfluß der Sozialdemokraten überall da, wo sich derselbe als Resultat ihrer Tätigkeit und Wachsamkeit geltend macht, so besonders bei den Krankenkassen, zu schwächen. Eine solche

Gelegenheit aber hat die Regierung bei einer diktatorischen Gesetzesvorlage wie der einheitlichen Versicherungs-Gesetzgebung. Sie braucht dazu ja bloß einen — vertrauens-würdigen Reichstag, der scharfmacherisch genug zusammen-gesetzt ist.

Was nun die Vorschläge der zentralisierten Ortskrankenkassen angeht, so sollen unter Aufhebung der jetzt bestehenden Krankenkassen, Berufsgenossenschaften, Invalidenversicherungsanstalten und besonderen Kassen-einrichtungen allgemeine Versicherungs-anstalten für räumlich abgegrenzte Bezirke mit nicht unter 100 000 Einwohnern errichtet werden. Diese Versicherungsanstalten sollen auch als Organe für die künftige Witwen- und Waisenfürsorge und für die künftige Arbeitslosenversicherung dienen. Im weiteren sollen dieselben sich an der Beratung und Förderung allgemeiner hygienischer bezw. die Arbeiterversicherung betreffenden Fragen beteiligen, sowie Vorschriften über Unfallverhütung erlassen.

Die Verwaltung dieser Versicherungsanstalten ist so gedacht, daß die Generalversammlung und der Vorstand der Anstalt diese über haben, ebenso die Leitung. Die Zusammenlegung in beiden maßgebenden Körperschaften soll zu einem Drittel aus Vertretern der Unternehmer, zu zwei Dritteln aus Vertretern der Arbeiter bestehen. Die Generalversammlung soll von Vertretern gebildet werden, die von den Unternehmern und Versicherten je aus ihrer Mitte zu wählen sind. Letzterer Vorschlag entspricht den §§ 34—39 des Krankenversicherungs-Gesetzes. Zur Festlegung von Unfall- und Invalidenrenten sollen Kommissionen von Sachverständigen gebildet werden. (In diesen Kommissionen würden wohl der Posadowsky'sche Gewerbe-beamte und Kreisarzt Sitz und Stimme finden.) Als Aufsichtsbehörde über die Versicherungsanstalt ist die höhere Verwaltungsbehörde im Bezirke der Anstalt gedacht. Gegen deren Anordnungen soll das Verwaltungs-streitverfahren (?) zulässig sein, die letztinstanzliche Entscheidung aber dem Reichsversicherungsamt übertragen werden. Die Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung sollen beibehalten bleiben.

Es geht schon hieraus hervor, daß die Gestaltung der neuen einheitlichen Organisation der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der Ortskrankenkassen gedacht ist, daß ferner die Arbeiter auch zur Unfallversicherung künftig Beiträge leisten sollen, von welchen sie gegenwärtig befreit sind. Dafür erweitern sich ihre Rechte in Leitung und Verwaltung, insofern eine Zweidrittelvertretung ihnen auch für die Unfallversicherung gesichert werden soll. Die Beiträge sollen Unternehmer wie Arbeiter zu gleichen Teilen leisten. Das Reich soll zu jeder Invaliden- und Altersrente einen Zuschuß von 100 Mk. jährlich gewähren.

Für die Beiträge sollen nach dem Einkommen in Klassen abgestufte einheitliche Sätze für sämtliche Versicherungsanstalten gelten. Diese Beiträge sollen in einheitlichen feststehenden Beträgen für die drei Versicherungszweige: Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter zu getrennter Verwaltung und Verwendung kommen, so daß jeder der drei Zweige Reserve- und Deckungsfonds getrennt aufbringt. Für bestimmte, mit erheblich höherer Unfallgefahr verbundene Berufe soll ein Zuschlag zu den Einheitsätzen der betreffenden Versicherten erhoben werden. Mehrleistungen auf dem Gebiete der Krankenversicherung sowie andererseits Zuschläge zu den Beiträgen dieser Versicherungsform können beschlossen werden.

Wie die Lohnklassen sich gestalten sollen, wie die Leistungen der einzelnen Versicherungszweige sein werden, können wir im Rahmen dieses Artikels nicht darstellen, genug, daß in den „Vorschlägen“ die Leistungen höher bemessen sind als gegenwärtig, daß namentlich die Invalidenrenten reichlicher bemessen sind, 50—100 Proz., ebenso die Sterbegelder; bei allen Unfallerschädigungen aber soll mindestens der 300fache Betrag des ortsüblichen Tagelohns zugrunde gelegt werden, die Rente selbst soll 75 Proz. des letzten Durchschnittsverdienstes bei völliger Erwerbsunfähigkeit betragen; bei völliger Hilflosigkeit aber 100 Proz. Als Altersgrenze für Gewährung der Altersrente ist das 65. Lebensjahr vorgeschlagen worden, als Mindestrente 150 Mk.

Es handelt sich hier nur um Vorschläge, nicht um einen Gesetzentwurf. Wie hoch auch manchem die nurgedachten Leistungen der Versicherungszweige erscheinen mögen, so halten sich dieselben durchaus im Rahmen des in der heutigen kapitalistischen Welt Erreichbaren; mindestens suchen sie an eine wirkliche Sozialreform heranzukommen. In eine Kritik der Einzelvorschläge an dieser Stelle einzugehen, ist unmöglich, wir würden sonst sogleich die Niedrigkeit des Staatszuschusses bemängeln müssen, wie denn auch sofort Gremmel über das Verhältnis der Beiträge

zu den Leistungen der Versicherungsbranche aufzumachen wären. Auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Organisation, des Arbeitsprogramms der Versicherungsanstalten, des Vereinbarlichen vom landesgesetzlichen Verwaltungsstreitverfahren mit dem letztstehenden Reichsversicherungsamt usw. wäre verschiedenes zu sagen. Wir verzichten aber darauf, weil es sich für unsre Leser zunächst einmal um das nähere Vertrautwerden mit dem Gedanken einer künftigen einzigen Versicherung, die die Bereinigung der gegenwärtigen Dreieitigkeit ist, handelt; weil auch die Diskussion über die neue sozialpolitische Gesetzgebung überall erst einsehen muß und von berufenen Versicherungstechnischen Federn diese hochwichtige Frage ergiebig zu behandeln ist. Die Vorschläge der zentralisierten Ortsstranenfassen geben nur einige Grundlinien, noch nicht einmal das Gerippe einer künftigen Gesamtversicherung; sie sind Anregung, nicht mehr!

In diesem Sinne allein sind wir denselben nahe getreten und wir wünschen und hoffen, daß auch andere Arbeiterorgane diesen Vorschlägen näher treten mögen, sei es auch nur, um die Frage der Vereinfachung der Arbeiterversicherungsgeetze mehr in den Vordergrund zu bringen. Denn auch wir sind der Meinung, daß es lange in der bisherigen Dreieitigkeit der sozialpolitischen Versicherung im Reiche nicht mehr fortgehen kann.

## Der Streik der Zigarettenarbeiter in Dresden.

Der Verlauf dieses Kampfes um das Koalitionsrecht der Arbeiter wird immer beschämender für das Unternehmertum in der Zigarettenindustrie und seine Helfershelfer. Vor allem steht fest, daß die überwiegende Mehrzahl der Fabrikanten den von den Arbeitern unterbreiteten Lohnfortschritt nach einigen Abänderungen anerkannt und die Lohnbewegung beinahe zum Abschluß gelangt war, als plötzlich der amerikanische Trust, Besitzer der Zigarettenfabriken Jasmahi und Jofetti, eingriff und die bewilligten Fabrikanten haranguierte, ja sogar bedrohte, die Bewilligung rückgängig zu machen und das schändliche Attentat auf das Koalitionsrecht der Arbeiter zu begehen. Nachdem dies dem Trust gelungen, kam erst der Kampf zum Ausbruch.

Das muß immer aufs neue konstatiert werden, um die Stellung der trustgegnereichen Fabrikanten zum Trust ins richtige Licht zu stellen und die Aktionen des Trusts zu brandmarken.

Es scheint jetzt selbst der Süddeutschen Tabakzeitung zu dämmern, wie tappig sie — die große Feindin des Trusts — sich in ihrem Haß gegen die streikenden Arbeiter durch diese Trustaktion hat hineinlegen lassen. Wenigstens müßte ihr die folgende an sie selbst gerichtete und von ihr abgedruckte Mitteilung den Star stechen, die da lautet:

Dresden, 13. Juni. Der Aufsatz über die Trustsituation in der Dresdner Streitanfrage, wovon selbst heute nichts neues zu berichten ist, welchen die vorletzte Nummer Ihres Detailistenblattes Zigaretten- und Zigaretten-Spezialist (Deutscher Tabakmarkt) brachte, hat in weiteren Kreisen Sachsens lebhaft interessiert. Das Bild des Trustleiters war ganz entsprechend, der sich da auf einmal als führende Kraft in einem Streik aufspielt, in welchem kein Beteiligter dauernde Vorteile einheimen kann, außer etwa derjenigen Trustfabrik, die unter der Hand Maschinen von der United Cigaretten Maschinen Compagnie in London bezog, welche pro Tag ein kolossales Quantum anfertigen. Ohne größere menschliche Beihilfe werden da 250 000 Stück von einer Sorte und einer Maschine in einem Tage auf den Markt geworfen. Die Sorte des Streimonats Juni müßte ich, um keine Reklame zu machen, nicht nennen, aber tatsächlich soll man in jener Fabrik schon vor dem Streik gesagt haben, es sei für drei Monate „Lagerarbeit“ vorhanden und man könne deshalb viele Arbeiter entbehren, wohl weil man die Leistungsfähigkeit der zu erwartenden englischen Maschine kannte. Das ist nun Sache der Trustfirma und ich habe durchaus keinen Anlaß, das erschöpfende schriftliche Material, das mir darüber von berechneter Seite zugeht und das ich Ihnen hiermit zu den Akten überbiete, zu bewerten, denn das Verhalten der trustfreien Zigarettenfabriken gegen den Tabakarbeiterverband war absolut korrekt und einwandfrei. Der von den Verbandsländern getriebenen Verheerung, die jeden normalen Geschäftsgang unmöglich machte, mußte mit fester Hand und energisch entgegengetreten werden. Aber — und nun kommt die berechnete Frage an den Trust —: erklärt mir Graf Derindur diesen Zwiespalt der Natur, daß die trustfreien Fabrikanten nach Mitte Mai jenseits davon überzeugt waren, es werde sich gütlich alles erledigen lassen, während die fragliche Trustfirma schon im Januar in London die Jasmahimaschinen bestellte, die auch mit dem Beginn des Streiks in Tätigkeit traten. Ich kann auch mit der Vorgeschichte der Posener Filialgründung dienen. Doch genug von derlei Nebenächlichkeiten, die nur die Beteiligten angehen und mit einer öffentlichen Zeitung nichts zu tun haben. Aber den allangesehnen trustfeindlichen Zigarettenfabrikanten Dresdens möchte ich zurufen: Rückt weg von Trustpleuten! Discite moniti!

Zur Ergänzung und besseren Kennzeichnung des Trustmanövers verweisen wir auf die in dieser Nummer befindlichen Berichte aus Berlin und Dresden. Die Taktik unseres Verbandes gegen den amerikanischen Zigaretten- und Zigarettentrust wird nach diesem Manöver natürlich eine Veränderung erfahren, indes, je nachdem die deutschen Fabrikanten ihre Stellung zum Trust weiterhin markieren werden. Sollten die Unternehmer auch nunmehr noch nicht einsehen, daß es ehrenvoller für sie wäre, mit der Organisation der Tabakarbeiter im Wege der Verständigung die Arbeits- resp. Lohnverhältnisse zu regeln, statt im Zusammengehen des sonst von ihnen bescholtenen Trusts feindlich ihren Arbeitern entgegenzutreten, ihnen das Organisationsrecht zu bestreiten und dadurch die ganze Industrie zu diskreditieren, so gäbe das die Perspektive eines Kampfes, wie er in der Tabakindustrie noch nie dagewesen ist. Die Einzelstreitigkeiten würden verschwinden und der allgemeine Kampf zwischen Arbeitern und Unternehmern um die Existenz der Arbeiterorganisation bliebe als industriegerüttelndes Element die Regel.

Das Odium dieses Kampfes bliebe an den Unternehmern haften, denn bis jetzt sind es immer nur noch die Arbeiter, die sich bereit erklären, im Wege der Verständigung ihre Forderungen zu regeln. Selbstverständlich müßte zunächst das Koalitionsverbot fallen.

Wir begreifen es dankbar, daß in diesem ganz unvermuteten Kampfe um das Koalitionsrecht die Zentralstelle für die Gewerkschaften, die Generalkommission, in Erkennung der Gefahr, mit der die Unternehmer die Arbeiter bedrohen, die organisierten Arbeiter zur Befestigung ihrer Solidarität

aufgefordert hat und erwarten eine tatkräftige Unterstützung der Streitenden, deren Organisation ruiniert werden soll.

Wie die Unternehmer gegeneinander handeln und damit offenbaren, daß sie jedenfalls auch ihren Arbeitern gegenüber nicht gewissenhafter sind, das ist aus nachstehender Mitteilung der Sächsischen Arbeiterzeitung zu ersehen:

### Unternehmer unter sich!

Zum Kampf in der Zigaretten-Industrie wird uns von einem gut Eingeweihten folgender interessante Beitrag zur „Ehrlichkeit der Unternehmer untereinander“ mitgeteilt: „Die Adlerkompanie besaß bis vor einigen Wochen noch keine eigene Maschine für Zigaretten ohne Mundstück und ließ daher den Bedarf, der zeitweise sehr groß war, in der Zigarettenfabrik Osmani, Stephanienstraße, auf der Bonsack-Maschine anfertigen. Der Tabak wurde von der Adlerkompanie geschnitten und abgewogen geliefert und für dieses Quantum hatte diese abzüglich eines Prozentsatzes Tabakstaubes, der durch den schnellen Gang der Maschine entsteht, wieder das richtige Gewicht in fertigen Zigaretten zu erhalten. Jedermann nimmt doch nun an, selbstverständlich die Adlerkompanie in erster Linie, daß in den gelieferten Zigaretten auch der gelieferte gute Tabak sich befinden muß. Einen guten gleichmäßig geschnittenen Tabak lieferte die Adlerkompanie damals, das soll anerkannt werden. Das Vertrauen, das hier in die Firma Osmani gesetzt wurde, und das betrifft auch die Firma Macedonia, ist aber getäuscht worden. In dieser Firma war es zur Zeit der Vorkommnisse gang und gäbe, daß der Tabak jede Woche, manchmal auch alle 14 Tage, bezollt wurde, so daß also, wenn plötzlicher Bedarf an Zigaretten eintrat, kein Tabak da war. Was nun tun? Sehr einfach. Der Maschinist mußte einen Teil des fremden Tabaks für den eigenen Bedarf der Osmani verarbeiten und das Defizit dann durch Beimischung von minderwertigem klaren Tabak verdecken. War das Defizit zu groß, dann wurde auch etwas langer Tabak zugegeben, damit man diesem „Verfahren“ nicht auf die Spur kam. Wie schon erwähnt, mit der Firma Macedonia machte man es genau so, bloß nicht so schlimm, weil die Farbe der Tabake zu sehr kontrastierte, so daß man es bei zu großer Zumischung leicht hätte merken können.“

Dieses eigenartige Verfahren, von dem die betreffenden Maschinisten natürlich Kenntnis haben, wird der genannten Firma einen ganz netten Extraprofit eingebracht haben, ob es aber mit den Grundsätzen geschäftlicher Ehrlichkeit harmonisiert, ist eine andre Frage. Trotzdem gehen jetzt die Firmen alle zusammen, um den Arbeitern ihr Koalitionsrecht zu rauben. Die kleinen werden bald zu ihrem Schaden merken, daß sie nur für die großen Firmen die Kaskanien aus dem Feuer holen. Sie sehen aber wenigstens aus dieser kleinen Indiskretion, wie es mit ihnen gemacht worden ist früher.

Dieser „Ehrlichkeit“ reiht sich die andere würdig an, die in der Erklärung der koalitierten Firmen gegen die streikenden Arbeiter in der Unternehmerpresse die Kunde macht, die die Höchstlöhne als Normallöhne angibt.

Für heute seien noch folgende Mitteilungen hier angereicht.

In einer im Trianon zu Dresden abgehaltenen Versammlung wurde beschlossen, den Streik mit allen Mitteln bis zum günstigen Ende zu führen. Dem Arbeitgeberverband gehören an Jasmahi, Tuma, Rios, Alexandria, Persia, Arabia, Delta, Laferme usw. Mit besonderer Freude wurde Kenntnis davon genommen, daß die Berliner, Forster und Kaffeler Arbeiter durch Nichtkaufen dieser Marken sich mit den Streitenden solidarisch erklärten.

Unter den bekannten großen Fabriken hat die Firma Kosmos die Löhne bewilligt und die Organisationsfreiheit genehmigt. Dies wurde mit Genugtuung zur Bekanntheit gebracht. — Jasmahi hat einige Hundert Lehrlinge eingestellt und gewährt diesen freies Essen, Kaffee usw. nur damit diese nicht in den Verband gehen. Diese Firma hat laut General-Versammlungsbericht allein in Sachsen 1 1/2 Millionen Mark umgesetzt und sind davon mindestens 1 1/2 Millionen Mark von den Arbeitern gekauft worden. „Arbeiter, raucht keine Jasmahi!“ heißt in Dresden die Parole.

In Forst werden Eckstein 5 und Afrika-Zigaretten boykottiert, wie die Märkische Volksstimme bekannt macht. Auch viele Händler haben sich mit den Streitenden solidarisch erklärt und führen nur „streikfreie“ Marken.

Die bekannten Marken Afrika, Eckstein 5 kosten den Händlern 1—2 Mk. mehr wie bei anderen Fabriken, und konnten diese Firmen leicht den neuen Lohnsatz bewilligen.

Einem Ludwigshafener Geschäftsmann ging auf eine Bestellung auf Zigaretten, die nur zu einem Viertel ausgeführt wurde, nachfolgende gedruckte Mitteilung zu:

Der Streik der Dresdner Zigarettenarbeiterinnen hat auch unsere Fabrik in Mitleidenschaft gezogen, obgleich wir hinsichtlich der Löhne uns mit unfrer Arbeiterschaft geeinigt hatten, der Tarif unserer Fabrik auch als Grundlage für die Lohnforderung der Arbeiterinnen in andern Fabriken gelten sollte. Wir können die uns freundlichst übersandten Aufträge einstweilen nur zum Teil ausführen, bleiben jedoch bemüht, den Rest baldigst nachzuliefern und bitten bis dahin um Nachsicht.

Hochachtungsvoll A. M. Eckstein u. Söhne.

Dazu bemerkt das Ludwigshafener Arbeiterblatt: Die Arbeiterschaft hat es in der Hand, die Dresdner Fabrikanten die den Arbeiterinnen den Austritt aus ihrer Berufsorganisation aufzwingen wollten, zur Vernunft zu bringen, indem sie die Dresdner Fabrikation nicht raucht. Wird überall so gehandelt, dann bleibt den Dresdner Arbeiterinnen ihr Koalitionsrecht erhalten. — Die Sächsische Arbeiterzeitung macht in einem Artikel glaubhaft, daß die Gewaltmaßregel der Dresdner Zigarettenfabrikanten zum Nutzen der Trust- und Monopolgelüste und zum Schaden der kleineren Fabrikanten unternommen wurde. Und sicher wird der Kampf einen solchen Erfolg haben.

Sehen das die vom Trust gegängelten Unternehmer nicht ein, dann wird es einer Anzahl von ihnen sehr unliebsam bemerkbar machen, wenn sie es nicht vorziehen, sich während des Kampfes ver-trusten zu lassen.

Kollegen und Kolleginnen! Unterstützt nach Kräften die kämpfenden Dresdner Kolleginnen, die den Kampf um die Existenz unserer Organisation bis jetzt mutig führten!

## Rundschau.

**Versteckspiel mit der Tabaksteuer.** Nach einer sehr beäuntem auftretenden offiziellen Meldung sollte man im Reichshausamt bekanntlich die Absicht aufgegeben haben, den Tabak bluten zu lassen. Es hieß, die Reichssteuerreform werde die Tabaksteuer nicht enthalten. Das ist aber noch gar nicht sicher, denn die Augsburger Abendzeitung bringt über die Pläne des Freiherrn v. Stengel einen Artikel, der ausdringend auf zuverlässigen Informationen beruht. Darin heißt es: „Gunter die kürzlich durch die Presse gegangene Versicherung, daß von einer Erhöhung der Tabaksteuer im Rahmen des nächsten

Steuerprogramms endgültig Abstand genommen worden sei, müsse ein Fragezeichen gemacht werden. „Der Grundsatz: Der Tabak muß mehr bluten! gehört noch immer zu den Steuerdogmen unfrer Regierungskreise, bei denen jede Erhöhung der Tabaksteuer der besten Aufnahme sicher sein darf. Deshalb will es uns nicht recht einleuchten, daß Freiherr v. Stengel, der allerdings mit Recht darauf bedacht ist, daß seine Pläne auf Aussicht haben, im Reichstag eine Mehrheit zu finden, auf höhere Erträge aus der Tabaksteuer endgültig verzichtet haben sollte.“

Ist das richtig — und es spricht manches dafür —, dann bestätigt das unsre Ansicht, daß die Steuerkünstler im Reichshausamt die Tabakinteressen nur entküllen wollten, um sie dann um so sicherer überrumpeln zu können.

Dem deutschen Reichskanzler, Fürsten Bülow, haben auch die evangelischen Arbeitervereine zu seiner Ständeserhöhung gratuliert, was er ihnen mit folgender Antwort dankte, die sie als Satire auffassen müssen, ob sie wollen oder nicht:

„Durchdrungen von der Ueberzeugung, daß die Sorge für die wirtschaftlich Schwachen eine der vornehmsten Aufgaben der Staatsregierung ist, wünsche ich den nationalen und christlichen Vereinigungen Gedeihen, welche eine Sammlung der Arbeiter zur Förderung ihrer Interessen außerhalb der Sozialdemokratie anstreben.“

Die deutsche Regierung von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Sorge für die wirtschaftlich Schwachen ihre vornehmste Aufgabe sei, ist ein so feiner Witz, daß ihn Bülow an den Simplicissimus hätte senden sollen; bemerkt dazu die Leipziger Volkszeitung: Ueber die Andeichselung der evangelischen Arbeitervereine wollen wir nur bemerken, daß es in unfrer Zeit höchst bedauerlich ist, daß sich Arbeiter zu solchen nicht im Interesse der Arbeiter liegenden Kundgebungen gebrauchen lassen.

## Berichte.

Berlin. Die Aussperrung der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden und die Berliner Tabakarbeiter. In Dresdens Festsaal tagte eine zahlreich besuchte Zigaretten- und Zigarettenarbeiterversammlung, in der Karl Reichmann, der Vorsitzende des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, über das Thema: Der Raub des Koalitionsrechts an den Dresdner Zigarettenarbeiterinnen und die Antwort des Klassenbewußten Proletariats sprach. In treffenden Worten geißelte der Redner das Verhalten der Dresdner Zigarettenfabrikanten, die selbst gut organisiert, sich nicht scheuen, von ihren Arbeiterinnen und Arbeitern Austritt aus dem Tabakarbeiterverbande zu fordern. Als Ersatz dafür soll wohl die Beihilfskasse gelten, die die Herren als eine „Wohlfahrts Einrichtung“ den Arbeitern anpreisen. Erst wurde der Leffentlichkeit weisgemacht, die Fabrikanten hätten in ihrer edlen Großmut bereits 60 000 Mark für die Kasse gestiftet. Nun aber haben sie dieser Tage vor den Fabriken Plakate anbringen lassen, auf denen, neben der Aufforderung zum Beitritt zu der Kasse, in mehr bescheidener Weise bemerkt wird, daß von Fabrikanten für die Kasse „große Summen in Aussicht gestellt sind“. Die Gründungsgehalte dieser Kasse schließt sich würdig der „Aufklärung für die Einwohnerstadt Dresdens“ an, die von dem Redner wie auch in einer als Flugblatt herausgegebenen „Aufklärung und Antwort“ als un wahr und als Lug und Trug bezeichnet wird. Der Arbeitgeberverband der Zigarettenindustrie „läßt auf“, daß in den Fabriken des Verbandes verdient werden: von ausgeleiterten Sortiererinnen bis 18 Mark wöchentlich, von Tabakarbeiterinnen bis 30 Mark, Paderinnen bis 20 Mark und mehr, Zigarettenarbeiterinnen bis 22 Mark und mehr. Der Redner stellte dagegen unter andern fest, wie auch im Flugblatt der Lohnkommission ausgeführt wird: Die Firma G. A. Jasmahi zahlt den an den Hülsen- und Zigarettenmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen einen Stundenlohn von 14 bis 20 Pfg. Die Firma Jofetti zahlt den an den Hülsenmaschinen beschäftigten Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7 bis 10 Mark, den Zigarettenpaderinnen Wochenlöhne im Betrage von 8 bis 11,50 Mark. Die Firma Arabia zahlt den Zigarettenpaderinnen Wochenlöhne von 8,50 bis 10 Mark. Die Firma Werner Alexander Müller zahlt ihren Arbeiterinnen Wochenlöhne von 6 bis 11 Mark. Die Firma D. Weller zahlt den Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7 bis 11 Mark. Die Firma Persia zahlt den Arbeiterinnen Wochenlöhne von 7,50 bis 8 Mark. Viele Arbeiter, darunter Familienväter, erhalten Wochenlöhne von 13 bis 18 Mark. — Ebenfalls widerlegte der Redner die Behauptung, die Aussperrten hätten durch die Forderung, Unorganisierte sollten entlassen werden, die Fabrikanten zu ihrem Vorgehen genötigt. Tatsache sei vielmehr, daß die Verbandsmitglieder durch die Unorganisierten probiziert und in größlicher Weise beschimpft wurden und dann verlangten, daß das aufhören sollte. Uebrigens scheinen die Fabrikantenfrauen und ihre Söhne auch nicht die feinsten Leute zu sein. Hat doch, wie der Redner bemerkte, eine Fabrikantenfrau von ihrem Fenster aus streikpostenstehende Arbeiterinnen auf den Kopf geschudt, während sich ihr Junge mit Schimpfereien wie „Streikluders“, „Streikbienen“ und dergleichen mehr amüsierte, wovon aber die Polizei, die in den Wanderungen einer streikenden Arbeiterin auf menschenleerer Straße Verkehrsstörungen entdeckt und deswegen Verhaftung über Verhaftung vornimmt, nichts bemerkte. Sonderbar ist es, wie die Fabrikanten, die sich kürzlich noch gegenseitig als amerikanische Trustler und als Antitrustler bekämpften, plötzlich ein Herz und eine Seele geworden sind, wo es gilt, das Koalitionsrecht zu vernichten. Hat doch bis vor kurzem der Trust-Abwechrauschschuß einen vom Deutschen Tabakverein, dem Verband der Zigarettenfabriken, dem Verein Bremer Rohstoffhändler und dem Zentralverband der Zigaretten- und Tabakladeneinhaber unterzeichneten Zettel den Zigaretten beigelegt, der bestimmt ist, die Raucher vor den Trustfabrikanten gruselig zu machen und ihnen einzureden, daß Publikum, Arbeitgeberchaft wie Arbeiter ein gleich hohes Interesse an der Bekämpfung des Trusts hätten. Aber Antitrustler und Trustler zahlen gleich schlechte Löhne und kämpfen nun gemeinsam mit den gleichen verwerflichen Mitteln gegen die Arbeiter. Der Redner wies auch die in reaktionären Blättern aufgestellte Behauptung zurück, der Tabakarbeiter-Verband habe die Nachsicht verbreitet, es wären 8000 bis 10 000 Personen im Ausstande. Von Anfang an hat der Verband die Zahl auf zirka 2400 angegeben; nun beträgt sie samt den bei der Firma Jofetti in Berlin Streikenden 3443.

Am Schluß seines Vortrages, der stürmischen Beifall fand, forderte der Redner zu eifriger moralischer und finanzieller Unterstützung der Aussperrten auf. Dann gab der Vertrauensmann der Streikenden von Jofetti einen kurzen Bericht über den Stand dieses Streiks, der lediglich aus Sympathie für die Dresdner Aussperrten der Firma gestiftet wird. 115 Arbeiterinnen und Arbeiter sind daran beteiligt, und sie halten alle einmütig im Kampfe aus. In der weiteren Diskussion wurde noch auf den Schwindel hingewiesen, der in den „Sehranftalten“ getrieben wird, wo man innerhalb 14 Tagen in Zigarettenmachen ausgebildet wird oder vielmehr ausgebeutet werden kann. Wie mitgeteilt wurde, beschränkt sich dieser Unterricht sogar auf nur zwei Stunden täglich. Daß dies nur auf Simpelsang beruht ist, versteht sich von selbst. Der Vorsitzende Börner teilte noch mit, daß der Boglott, der über die Fabrikate der Aussperrungsfirma verhängt ist, bereits sehr gut gewirkt hat. Die Versammlung nahm einstimmig folgende Resolution an:

Die versammelten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen nehmen Kenntnis von dem Bericht über die ausgesperrten, um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Dresdner Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen und protestieren gegen das schamlose Vorgehen der Dresdner Zigarettenfabrikanten. Sie bringen den kämpfenden Kollegen und Kolleginnen ihre vollste Sympathie entgegen und verpflichten sich, so lange der Kampf auch dauern mag, sie nicht allein moralisch, sondern auch finanziell, soweit es in ihren Kräften steht, zu unterstützen.

Ferner wurde ein Beschluß gefaßt, der die Tabakarbeiter Berlins verpflichtet, wöchentlich mindestens eine Mark für die Unterstützung der Dresdner Ausgesperrten und der Streikenden in Berlin zu opfern.

**Dresden.** Zur Aussperrung der Zigarettenarbeiterinnen. Am Sonnabend nachmittag fanden im Saale des Kristallpalastes sowie im Restaurant Erholung, Schandauer Straße, zwei sehr zahlreich besuchte Versammlungen statt. Der Saal der Erholung war schon eine Stunde vor der Eröffnung abgesperrt worden, und auch der große Saal des Kristallpalastes war fast besetzt. Der hiesige Vertrauensmann des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Genosse Uhlig, brachte in seinem anderthalbstündigen Referat über das Thema: Die Aussperrung ein Machtwort des Trufts und seiner Gefolgschaft, ein reichhaltiges Material zur Stelle, durch das er bewies, daß die Aussperrung der Zigarettenarbeiter und Arbeiterinnen lediglich im Geschäftsinteresse des Trufts, der schon jahrelang befristet gewesen sei, die Dresdner Zigarettenfabriken aufzukaufen und dem Truft einzuverleiben, inszeniert worden sei! Am 23. Mai habe in der Versammlung des Unternehmerverbandes der Direktor des Trufts, Herr Kutschow, den deutschen Zigarettenfabrikanten gedroht: wenn sie dieser Aussperrung der Verbandsmitglieder nicht zustimmen, würde der Truft nicht nur die Forderungen der Arbeiterinnen bewilligen, sondern noch bedeutend höhere Löhne zahlen sowie die Marktpreise für die Zigaretten noch bedeutend heruntersetzen, so daß die deutsche Industrie gar bald dem Ruin entgegengeführt werde! Der Referent fährt dann fort. Die Furcht vor dem Truft und der Haß, den die sozial rückständigen Zigarettenfabrikanten der Gewerkschaftsbewegung entgegenbringen, veranlaßte sie, diesem perfiden Verlangen zuzustimmen, um wieder Zustände einzuführen, wie sie bestanden, ehe der deutsche Tabakarbeiterverband bei den Zigarettenarbeiterinnen festen Fuß gefaßt hatte, um die minimalen Lohnaufbesserungen, die von den größten und bedeutendsten Firmen zugestanden worden waren, wieder rückgängig zu machen! Wir sehen heute, daß der Verband deutscher Zigarettenfabrikanten, der eigens zu dem Zwecke, den amerikanischen Truft zu bekämpfen und dessen Waren regelrecht zu boykottieren, gegründet wurde, Arm in Arm mit dem Truft das Koalitionsrecht zertrümmern will, um ihre Ausbeutungsgelüste voll befriedigen zu können. In ihrem blinden Haß gegen die Gewerkschaftsbewegung sind die Zigarettenfabrikanten dem Truft in das Netz gelaufen wie die Fliege der Spinne. Was der Truft jahrelang erstrebt hat, die Zigarettenindustrie an sich zu reißen, wird ihm nunmehr gelingen, da ein Teil der Fabrikanten schon mit Schwierigkeiten zu rechnen hat auf Grund des Boykotts und der musterhaften Einigkeit der um ihr gutes Recht kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen. Der Referent beweist nun, daß der Truft einen solchen Plan schon lange vorbereitet hatte. Gleich beim Einsetzen der Lohnbewegung hat diese Gesellschaft große Zigarettenmaschinen bestellt, die sie beim Einsetzen der Aussperrung in Betrieb brachte. Heute werden die meisten Truftzigaretten, z. B. die Juno und die Dubel, mit der Maschine hergestellt, obgleich sie als Handarbeit in den Handel gebracht werden! Aufgabe jedes Gewerkschafts- und Parteigenossen sei es, die Abnehmer und Käufer auf diesen Betrag aufmerksam zu machen, um sie vor Schäden zu bewahren! Weiter teilt der Referent mit, daß auch die Kaiserin ihre Kennersigarette, die sie als Handarbeit verkauft, auf der Maschine herstellen läßt und jetzt auch Marken ohne den Kaiserstempel herstellt, um dem Wohlstand zu begegnen! Der Referent schließt seine Ausführungen unter der begeisterten Zustimmung der versammelten Ausgesperrten mit den Worten: Solange die Unternehmer ihren Was, nach dem uns das Koalitionsrecht genommen werden soll, nicht zurückziehen und die minimalen Lohnaufbesserungen nicht zugestehen, werden wir kämpfen in derselben Weise wie bisher und der Sieg wird auf unserer Seite sein! Dann nimmt der Verbandsvorsitzende Genosse Reichmann das Wort. Er überbrachte zunächst den ausgesperrten Dresdner Zigarettenarbeiterinnen die Grüße der Berliner Kollegenschaft, namentlich aber der Berliner Zigarettenarbeiter der Truffirma Jofetti, die sich mit den Dresdnern solidarisch erklärt haben. Solange der abscheuliche Was nicht zurückgezogen wird, werden auch die Berliner Kollegen und Kolleginnen weiter kämpfen. Nicht nur die gesamte Arbeiterschaft, sondern auch die gesamte zivilisierte Menschheit verurteilt den Beschluß der 25 Dresdner Zigarettenfabrikanten. Das bewiese am besten der evangelisch-sozialistische Kongreß, bei dessen Verhandlungen die Arbeiterorganisationen als bedeutungsvolle, die Kultur fördernde Erscheinungen bezeichnet und der Beschluß der Dresdner Fabrikanten unter lebhafter Zustimmung des ganzen Kongresses als ein unwürdiger und unethischer bezeichnet wird! Nach wie vor sind die Ausgesperrten im Interesse der Bevölkerung Dresdens, im Interesse der Dresdner Zigarettenindustrie und des ganzen Landes bereit, die Friedenshand zu ergreifen, wenn sie ihnen von den Arbeitgebern gereicht wird. Beharren aber die Arbeitgeber auf ihrem unwürdigen Standpunkte, dann gebe es nur eins: den Kampf bis aufs Messer. (Stürmischer Beifall.) In seinem Schlußworte wies Genosse Uhlig nochmals darauf hin, daß die Schatzmacher vom Arbeitgeberverband nicht nur die Zigarettenindustrie, sondern auch ihr Geschäft ruinieren. Die Ausgesperrten müssen aber weiter kämpfen, damit ihnen ihr Koalitionsrecht erhalten bleibe. Als Redner am Schlusse seiner Ausführungen gegen das Verhalten der Polizeiorgane gegen die Streikposten unter donnerndem Beifall Protest einlegte, entzog ihm der Polizeieinspektor Born das Wort und löste die Versammlung, der ein überaus starkes Polizeiaufgebot unter Leitung eines Polizeileutnants von Anfang an bewohnte, auf. Arbeit gab es für die Polizeiorgane keine, denn in musterhafter Ruhe und Ordnung verließen die Versammelten den Saal. 40 uniformierte Gendarmen und eine Anzahl in Zivil gekleidete Polizeiorgane überwachten die um ihr gutes Recht kämpfenden Arbeiterinnen.

**Gelbfern.** Tagesordnung der letzten Mitgliederversammlung war: 1. Die Lage der Tabakarbeiter und was bietet der Deutsche Tabakarbeiterverband seinen Mitgliedern? 2. Verschiedenes. Da der Referent, Kollege Deichmann, nicht erscheinen konnte, hielt Kollege Klein aus Rülh den Vortrag. In einer guten Rede verstand es der Referent, den Kollegen die traurige Lage der Tabakarbeiter vorzuführen. Er kritisierte die Hausarbeit, welche, wie Redner aus eignen Erfahrungen kannte, ungesund ist und auf die Löhne drückt. Dann erwähnte er die Aussperrung der Dresdner Zigarettenarbeiter und forderte die Kollegen auf, die Ausgesperrten gut zu unterstützen. Kollege Brodmann war mit den Ausführungen des Referenten einverstanden; er bedauerte, daß von 83 Mitgliedern bloß 11 erschienen waren, während doch sonst die Kollegen besser die Versammlungen besuchten. Kollege Kierßen gibt auch seinem Erfahrenen darüber, daß von seiner Fabrik bloß zwei Mann erschienen seien, Ausdruck. Kollege Maßling äußerte sich im gleichen Sinne und meinte, daß die Nichtorganisierten immer alles besser machen wollen, sich selber aber zu organisieren, daran dächten sie nicht. Kollege Peters vom christlichen Verband erwähnte auch noch einige Mißstände und meinte, dazu sollte die Versammlung mal Stellung nehmen. Kollege Lübeck vom christlichen Verband stimmte ihm bei. Er gibt bloß seinem Mißfallen wegen verschiedener Artikel in den Gewerkschaftsblättern der freien Gewerkschaften Ausdruck. Kollege van Wintern entgegnet dem Kollegen Peters, daß man ja schon ein-

mal den Versuch gemacht habe, gemeinschaftlich vorzugehen, es hätte auch eine Lohnkommission bestanden, die aber wieder in die Brüche gegangen wäre, da die Christlichen dem Deutschen Tabakarbeiterverband den Saal abgetrieben hätten, als ein Bericht erstattet werden sollte von der Generalversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes und wozu die Christlichen eingeladen waren. Man schein damals von anderer Seite einen Wink bekommen zu haben. Kollege Klein erkennt die Ausführungen des Kollegen Peters wohl an, aber über die Mißstände hier am Platze zu sprechen, findet er nicht angebracht, weil die Versammlung so schwach besucht sei. Wollte man aber noch einmal versuchen, Hand in Hand zu gehen, dann möge man eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung einberufen mit der Tagesordnung: Die Lage der Tabakarbeiter in Gelbfern und Umgebung. Die Christlichen wären wohl in der Lage, ein größeres Lokal zu bekommen. Dem Kollegen Lübeck erwiderte er in Bezug auf die Gewerkschaftspresse, daß diese toll und ganz ihre Pflicht tue, denn Politik müsse der Tabakarbeiter schon treiben wegen der steten Gefahr einer Tabaksteuer. Nachdem sich noch mehrere Kollegen an der Debatte beteiligt, nahm Kollege Klein das Schlußwort und ermahnte die Anwesenden, kräftig für den Verband zu agitieren.

**Quittung.**

Karlsruhe. Für die ausgesperrten Tabakarbeiter sind noch folgende Gelder bei mir eingegangen: Stendal: D. Schulze 12.30 Mark. Offenbach a. Main: J. Kraft 5 Mark. Rippien: D. Kuhn 3.85 Mark. Osterheim: A. Urich 1.90 Mark. Haßlach: C. Schremp 2.80 Mark.

Allen Gebern besten Dank. J. Rothacker.

Lage. Eingegangene Gelder: Max Wolf, Bretnig i. S., 1.50 Mark. Heinrich Keutje, Klein-Freden, 1.65 Mark. Johann Kofe, Gohlar a. S., 2 Mark. Simon Fißel, Wieberich am Rhein, 1.50 Mark. Gerhard Berndts, Emmerich a. Rh., 5.40 Mark. Jakob Daus, Groß-Steinheim (Sessen) 2.80 Mark. Wilhelm Walter, Birnbaum a. W., 2.80 Mark.

Allen Gebern besten Dank. Gerhard Heering. Oskar Meier.

**Mitteilung.**

Gafel. Die Gewerkschaft der Zigarrenarbeiter hat ihr Lokal verlegt nach der Wirtschaft zum Kriscened, Riechtorstraße Nr. 9. Dieses zur gefälligen Beachtung.

Der Schriftführer: Ambros, Schwörer.

**Vereinstell.**

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.**

Geschäftslokal: Hamburg-Nienborst, Mozartstr. 5, I. Ausschuß: D. Sidom, Brandenburg a. S., Kurze Straße 3. Schiedsgericht: Th. Jungbluth, Hamburg, Antelmstr. 10.

Eingegangen: Berlin II 360 Mk. — Sterbekasse: Berlin II 40 Mk.

Zuschüsse: Dggersheim 25 Mk., Haffeb 150 Mk., Magdeburg 100 Mk., Braunschweig 100 Mk., Mlloslaw 50 Mk., Herford 30 Mk., Waldheim 75 Mk. — Krankengelder: 25.42 Mk.

Hamburg, den 19. Juni 1905. S. Otto.

**Deutscher Tabakarbeiter-Verband.**

Karl Reichmann, Vorsitzender, Bremen, Marktstr. 18, II.

Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II., zu adressieren.

Geld-, Einschreib- u. Wertsendungen nur an W. Niederweland, Bremen, Marktstraße 18, II.

Für den Ausschuß bestimmte Aufschriften sind an Heinrich Meißner, Hannover, Lange Str. 1, II. zu adressieren.

**Bekanntmachung.**

Nach § 15 wurde gestrichen das Mitglied Henriette Ohlen-dorf aus Köhlingen, Buch Ser. I, 3145. Dieselbe reiß häufig unter falschen Namen, z. B. Frau Hahn; — ferner Karl Sinder aus Heshoe, Buch Ser. I, 11979.

Als verloren gemeldet wurde das Mitgliedsbuch, lautend auf Christian Christensen, geb. 25. 2. 82 in Neshwet (Dänemark). Die letzte Unterstützung wurde in Birna erhoben und zwar vom 8.—9. Juni; — ferner das auf Erik Björn aus Hertwunde (Dänemark) lautende Buch Ser. I, 19609; — desgleichen das Buch des J. H. Wilke aus Felke (aufgenommen am 7. 12. 1901), Ser. I, 12691, Kl. C. IIa.

Die Bücher sind im Vorzeigungsfalle zu konfiszieren und an uns einzulenden.

Die Bevollmächtigten oder andere, die den Aufenthalt des Kollegen Carl Köfer aus Bischofswerda kennen, wollen uns umgehend dessen Adresse zukommen lassen.

Bremen. Der Vorstand.

Vom 14. bis 19. Juni 1905 sind folgende Gelder bei mir eingegangen:

| A. Verbandsbeiträge:                        |       | B. Freiwillige Beiträge: |        |
|---|-------|--------------------------|--------|
| Nr.   | Summe | Nr.                      | Summe  |
| 12. Juni. Eisenberg . . .                   | 30.—  | 15. Waldheim . . .       | 150.—  |
| 13. Bünde i. W. . . . .                     | 79.—  | 17. Edenkoben . . .      | 3.30   |
| 13. Altenbrück . . . . .                    | 40.—  | 17. Frankfurt a. D. . .  | 90.—   |
| 13. Leimen . . . . .                        | 30.—  | 17. Freden . . . . .     | 60.—   |
| 14. Osterode a. S. . . . .                  | 88.—  | 18. Ansbach . . . . .    | 100.—  |
| 14. Görlich . . . . .                       | 100.— | 19. Rottbus . . . . .    | 130.25 |
| B. Freiwillige Beiträge:                    |       |                          |        |
| 12. Juni. Eisenberg, H. Beermann . . . . .  | 23.—  |                          |        |
| 12. Meißner, A. Löffler . . . . .           | 5.—   |                          |        |
| 13. Rottbus, W. Vogel . . . . .             | 10.—  |                          |        |
| 13. Diebrich, S. Fißel . . . . .            | 10.—  |                          |        |
| 13. Ohlau, E. Langner . . . . .             | 26.—  |                          |        |
| 13. Erleben, G. Knippel . . . . .           | 6.25  |                          |        |
| 13. Neustadt i. Schl., F. Barisch . . . . . | 9.30  |                          |        |
| 13. Zehdenitz, A. Hochmuth . . . . .        | 22.70 |                          |        |
| 13. Hanau, C. Graebener . . . . .           | 16.15 |                          |        |
| 13. Ahlen i. W., K. Tapper . . . . .        | 8.—   |                          |        |
| 13. Altenbrück, G. Wiffel . . . . .         | 5.—   |                          |        |
| 13. Hamburg, W. Gorges . . . . .            | 78.25 |                          |        |
| 13. Bremen, H. Blom . . . . .               | 50.—  |                          |        |
| 13. Leimen, L. Sunß . . . . .               | 9.50  |                          |        |
| 13. Pözig, W. Eder . . . . .                | 11.50 |                          |        |
| 13. Schönlaute, H. Wollermann . . . . .     | 14.70 |                          |        |
| 13. Rostock, J. Frey . . . . .              | 28.95 |                          |        |
| 13. Zehoe, A. Ried . . . . .                | 20.—  |                          |        |
| 14. Witten, C. Schulz . . . . .             | 13.60 |                          |        |
| 14. Frankenhäusen, C. Schausler . . . . .   | 16.—  |                          |        |
| 14. Osterode a. S., F. Wedekind . . . . .   | 12.—  |                          |        |
| 14. Bernigerode, G. Seemann . . . . .       | 30.—  |                          |        |
| 14. Rehme i. W., F. Biltmeyer . . . . .     | 50.15 |                          |        |
| 14. Bergeborf, F. Andersen . . . . .        | 21.80 |                          |        |
| 14. Hann.-Münden, G. Wörtelmeier . . . . .  | 11.05 |                          |        |
| 14. Goch, J. Rothgang . . . . .             | 13.15 |                          |        |
| 14. Krißha, R. Wirgen . . . . .             | 6.80  |                          |        |
| 14. Spandau, C. Bartels . . . . .           | 10.—  |                          |        |
| 14. Glas, P. Plajschke . . . . .            | 2.75  |                          |        |
| 14. Schwerin a. W., C. Albr . . . . .       | 13.40 |                          |        |

|   |       |
|---|-------|
| 15. Haffeb, G. Mengeling . . . . .  | 17.00 |
| 15. Reumünster, G. Hohnleben . . . . .                                    | 20.—  |
| 15. Langendreer, C. Küfer . . . . .                                       | 16.80 |
| 15. Carlshafen, F. Kühnemund . . . . .                                    | 4.80  |
| 15. Waldheim, E. Hauße . . . . .  | 26.90 |
| 15. Hainau i. Schl., H. Küffer . . . . .                                  | 4.40  |
| 16. Burgdamm, J. Bolljes . . . . .  | 21.65 |
| 16. Kofen, C. Gerth . . . . .   | 1.65  |
| 16. Mainz, W. Fein . . . . .  | 16.45 |
| 16. Fürstentwabe, A. Grünherz . . . . .                                   | 13.30 |
| 16. Lippstadt, H. Krauß . . . . .   | 7.40  |
| 16. Salungen, Chr. Teubert . . . . .                                      | 14.60 |
| 16. Grünberg, F. Schubert . . . . .                                       | 3.10  |
| 16. Durlach, J. Demand . . . . .  | 20.—  |
| 17. Frankenberg i. S., M. Friedrich, von der Genossenschaftsfiliale 150.— |       |
| 17. Hähnchen, D. Kühnel . . . . .   | 14.25 |
| 17. Meische, J. Wischer . . . . .   | 8.30  |
| 17. Sommerfeld, C. Wagemann . . . . .                                     | 4.—   |
| 17. Beelitz, W. Kühne . . . . .   | 5.—   |
| 17. Kahl, R. Damm . . . . .   | 4.—   |
| 17. Schwedt a. D., R. Schmidt . . . . .                                   | 31.45 |
| 17. Danzig, E. Fein . . . . .   | 20.—  |
| 17. Edenkoben, C. Dünzopf . . . . .                                       | 2.26  |
| 17. Erfurt, D. Wiefen . . . . .   | 17.—  |
| 17. Frankfurt a. D., F. Weigmann . . . . .                                | 12.75 |
| 17. Schweidnitz, A. Prieber . . . . .                                     | 7.80  |
| 17. Rühlberg a. C., R. Pielenz . . . . .                                  | 7.60  |
| 18. Lübeck, F. Robis . . . . .  | 24.05 |
| 18. Halberstadt, C. König . . . . .                                       | 22.—  |
| 18. Trebbin, J. Kuhle . . . . .   | 22.25 |
| 18. Ansbach, B. Müller . . . . .  | 9.25  |
| 18. Drösch a. Rh., I. Schütten . . . . .                                  | 8.40  |
| 18. Rühlberg a. C., R. Pielenz . . . . .                                  | 7.60  |
| 18. Hannover, Ad. Greife . . . . .  | 80.—  |
| 18. Bobenden, G. Freiberg . . . . .                                       | 7.30  |
| 19. Bremen, H. Blome . . . . .  | 56.—  |
| 19. Wolfenbüttel, B. Beske . . . . .                                      | 9.40  |
| 19. Spandau, B. Bartels . . . . .   | 14.75 |
| 19. Dggersheim, J. Bollmer . . . . .                                      | 3.50  |
| 19. Belten, J. Teus . . . . .   | 20.—  |
| 19. Kelling, H. Schabendorf . . . . .                                     | 10.70 |
| 19. Ueterfen, J. Gülsdorf . . . . .                                       | 3.80  |
| 19. Frankenhäusen a. Rhfth., C. Schausler . . . . .                       | 11.—  |
| 19. Zeiz, L. Neuple . . . . .   | 36.35 |
| 19. Görlich, D. Seibt . . . . .   | 11.10 |
| 19. Borgloh, H. Menthoff . . . . .  | 9.05  |
| 19. Verden, F. Gintheroth . . . . .                                       | 100.— |
| 19. Celle, R. Haarstrich . . . . .  | 34.05 |
| 19. Derlinghausen, F. Diechhoff . . . . .                                 | 7.—   |
| 19. Sonneborn, C. Wischendorf . . . . .                                   | 2.70  |

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelder zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.

Etwaige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.

Erzucht die Herren Abfender, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.

Bremen, den 20. Juni 1905. W. Niederweland, Kassierer.

**Vom Vorstande sind ernannt:**

Für Bielefeld: Wilh. Müller als 1. Bev., Heinr. Krenkel als 2. Bev., Wilh. Salomon als 3. Bev.; Heinr. Haubrod, Fritz Steffmann, Peter Schürmann als Kontrolloren.

Für Dürmenz: W. Birnbaum als 2. Bev., F. Großmann als 3. Bev.; Franz Träutlein, Jakob Hoffmann als Kontrolloren.

Für Büttelardorf: Gustav Eisenbeiner als 3. Bev.; Aug. Lübeck, H. Gaarborst, Heinr. Dupjan als Kontrolloren.

Für Hainhof (Bez. Leipzig): A. Hajchert als Vertrauensmann.

Für Untergrombach: Sebastian Rapp als Kontrollor.

**Provisorisch aufgenommen sind:**

Ferdinand Robenber aus Steinbeck, Heinr. Niekamp, Wilh. Müller, Herm. Lehmeier, Aug. Müller, Wilh. Schmidt, Gustav Schwarze, Heinr. Krenkel, Aug. Gerbner, Heinr. Haubrod, Wilh. Salomon, Fritz Steffmann, Peter Schürmann, Herm. Ulke, Fritz Oberhausen, Aug. Richter, Herm. Heinke, sämtlich aus Enger. (28)

Peter Kuhlmann aus Wallenbrück, Hermann Klusmann aus Hücker, Hermann Heinecke aus Bielefeld. (155)

Paul Strehle aus Bieh. (46)

Karl Göbde aus Cöthen i. A., Franz Falk aus Schwedt. (335)

Karl Kieß aus Stuttgart (z. N.), Emma Stauber aus Zehwol (Schweiz), Karoline Dipping aus Haubersbron, Maria Braun aus Rohrbron. (330)

Marie Hey aus Beuern, Elisabeth Mehnert aus Schönebeck, Lina Dubinski aus Odesa (z. N.), Wilh. Thiro, Georg Heinecke aus Hannover. (139)

Frau Cirpka aus Mlloslaw. (392)

Wilh. Binder aus Steffitz (Kr. Müllrich). (231)

Paul Claesen aus Goch (z. N.). (176)

Margarete Hoffmann aus Groß-Hachenbach, Karl Mäfer, Eva Haupt, Katharine Hoffmann, Elisabeth Hoffmann, Magdalene Hoffmann, Margarete Hoffmann aus Klein-Steinheim. (178)

Anton Rieger aus Herzheim. (339)

Etwaige Einwendungen gegen die provisorisch aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.

Bremen. Der Vorstand.

**Adressenänderung:**

Für Hainhof (Bez. Leipzig): Der Vertrauensmann Alwin Hajchert wohnt Gartenstr. 95e.

**Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:**

In Hainberg: Bei S. Wald, Bucher Straße 82.

In Wansfen: Beim 1. Bev. E. Böhm, als 2. Bev. H. Glowalla.

**Krankenunterstützung wird ausgezahlt:**

In Karlsruhe: Nur Sonntags von 12—1 Uhr mittags bei Jakob Rieber, Hermannstr. 10, III.

**Mitgliederversammlungen.**

(Mitglieder, besucht Euer Versammlungen zahlreich!)

In Chemnitz: Sonnabend, den 1. Juli, abends 9 Uhr, in der Plauenischen Bierhalle. Tagesordnung wird dort bekannt gegeben. — Bis dahin mögen alle answärtigen Kollegen, welche nach hier fließen, ihre Beiträge einbringen. J. A.: Der Bevollmächtigte.

In Stendal: Sonntag, den 2. Juli, vormittags 10 Uhr, im Gasthof zum goldenen Stern, Saltstr. 49. Tagesordnung wird dort bekannt gemacht. — Die auswärtigen Mitglieder werden dringend gebeten, bis dahin ihre Beiträge zu begleichen.

J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Alchim.** Die reflektierenden Mitglieder werden hiermit aufgefordert, bis zum 1. Juli ihre Beiträge zu entrichten, widrigenfalls § 15 in Anwendung kommt. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Karlsruhe.** Die reflektierenden Mitglieder werden ersucht, ihre Beiträge bis zum Schlusse des Quartals in Ordnung zu bringen. Gleichzeitig wird darauf aufmerksam gemacht, daß diejenigen Mitglieder, die länger wie vier Wochen rückständig sind, bei etwa eintretenden Fällen ihrer Unterstützung verlustig gehen und dies mit aller Strenge durchgeführt wird. J. A.: Der Bevollmächtigte.

**Bernigerode.** Die Abrechnung vom 2. Quartal findet am 1. Juli statt. Die Beiträge müssen bis dahin beglichen sein und die Mitgliedsbücher bezw. Kontrolle abgegeben werden. J. A.: Der Bevollmächtigte.



## Von der amerikanischen Zigarrenarbeiter-Organisation.

I.

Die große Bedeutung des amerikanischen Zigarren-trusts, der die ganze Entwicklung der Fabrikation in den Vereinigten Staaten und weit über die Grenzen derselben hinaus beeinflusst, haben wir schon mehrfach geschildert. Aber über die Einwirkung dieser Trusts auf die Arbeiterverhältnisse sind wir noch zu wenig unterrichtet. Uns scheint, daß der Trust, um die Meinung gegen sich nicht allzu stark aufzuregen, zuerst den Kampf gegen die noch unabhängigen Fabrikanten und Detailhändler zu Ende zu führen beabsichtigt, dann die Produzenten des Rohmaterials in vollständige Abhängigkeit zu bringen und wird, um schließlich den Kampf gegen die Arbeiterorganisation aufzunehmen. Wenn es bisher an größeren Zusammenstößen zwischen Gewerkschaft und Trust gefehlt zu haben scheint, so liegt dies nicht an einer den Trusts fälschlich angedichteten Tendenz, günstige Arbeitsverhältnisse durchzuführen bezw. zu garantieren, sondern an der sehr verständlichen Absicht, nicht alle Feinde gleichzeitig gegen sich aufzuheben. Es kam keinem Zweifel unterliegen, daß die Entwicklung einer Industrie zum Trust nicht ohne Reibungen mit der Gewerkschaftsorganisation vor sich gehen kann. Der Trust, die ausgebildetste Form der Unternehmerorganisation und des kapitalistischen Systems innerhalb einer Industrie überhaupt, hat zum Ziel, durch Ausschluß jeder den Markt ernsthaft beeinflussenden Konkurrenz möglichst billig zu produzieren und möglichst teuer zu verkaufen. Aus der Zentralisierung der ganzen Produktion unter einheitlicher Leitung müssen sich eine Reihe großer Ersparnisse ergeben, sowohl hinsichtlich der allgemeinen Verwaltung als durch die Ausnutzung aller Fortschritte der Technik, wie auch durch eine alle Vorteile ausnützende Betriebsorganisation, somit endlich auch eine Verminderung der Arbeiterzahl bei gleichbleibender Produktion oder einer Steigerung der Produktion bei gleichbleibender Arbeiterzahl. Es ist heute schon eine bekannte Tatsache, daß ein Großbetrieb mit 1000 Arbeitern bedeutend mehr produziert als 100 Mittelbetriebe mit je 10 Arbeitern oder gar als 500 Kleinbetriebe mit je 2 Arbeitern. Wenn nun die gesamte Industrie eines Landes in einheitliche Verwaltung kommt, so muß die Uebermacht des Großbetriebes noch gewaltig übertrieben werden durch den monopolistischen Nebenbetrieb. Solange sich ein solcher Nebenbetrieb erst in der Entwicklung befindet, sich immer weiter ausdehnt, noch nicht alle Vorteile der Monopolstellung auszunutzen vermag, fehlen die Gründe für später unvermeidliche Zusammenstöße mit den Arbeitern. Dieser Zustand tritt erst ein, wenn durch die Niederdrückung aller Konkurrenten der Monopolcharakter des Trusts gesichert ist.

In seinem Buche „Organisierte Arbeit“ behandelt der Vorsitzende des amerikanischen Bergarbeiterverbandes, John Mitchell, die hier von uns erörterte Frage. Es ist dabei zu bemerken, daß Mitchell durchaus auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung steht und mit den leitenden Personen des amerikanischen Kapitalismus oft verhandelt hat und ihnen nicht in der Weise prinzipiell entgegensteht wie etwa die Vertreter der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Er ist noch zu keinem abschließenden Urteil über das Verhältnis von Gewerkschaften zu den Trusts gelangt, er ist aber überzeugt, daß an ihren leitenden Stellen viele Männer sind, die nicht gewillt sind, mit den Arbeitern Verträge abzuschließen. Er hält das vom Standpunkte der Trusts für unklug, weil sie damit „ihre eigene Zukunft in Frage stellen, wenn in einem Streitfall das ihnen so schon wenig geneigte Publikum, welches in den Gewerkschaften das stärkste Bollwerk der Demokratie zu erkennen beginnt, deren Partei ergreift“. Er fährt dann weiter, vielleicht etwas zu optimistisch, fort: Wenn es heute zu einem Kampfe zwischen Trust und Gewerkschaft kommt, mag ersterer in einzelnen Industrien die letzteren zeitweilig ausrotten; aber wie ein großes Boomerang (sprich Bumerang, ein Wurffloß, der beim Zerschellen des Zieles an den Ausgangspunkt zurückkehrt) wird die zerstörende Kraft auf den Angreifer zurückprallen. . . . Wenn es einmal bewiesen wäre, daß die Trusts auf die Vernichtung der Rechtsansprüche der Arbeiterschaft ausginge, wenn das Volk in ihnen eine Despotie des Kapitals erblickt, die die produzierenden und konsumierenden Stände schröpft, dann würde diesen Herren die Stunde geschlagen haben.

Es wird abzuwarten sein, ob diese Auffassung in der Zukunft durch die Tatsache bestätigt werden wird. Vielleicht werden die Zigarrenarbeiter nicht mehr lange darauf zu warten haben, bis sie zum Kampfe gegen den Trust genötigt sein werden, denn der Vernichtungskampf des Trusts gegen die selbstständigen Betriebe wird bald beendet sein und die Zigarrenmacher gehören zu einer der ältesten und besten Organisationen innerhalb der amerikanischen Gewerkschaftswelt.

Wie der Trust sein Gebiet über die Grenzen der Vereinigten Staaten ausdehnt, so auch die internationale Zigarrenmachergewerkschaft, die sich auch über Canada und Mexiko erstreckt. Sie ist das Beispiel einer Organisation, die hauptsächlich auf ihre Versicherungskassen gegründet ist und durch deren Ausdehnung eine Generation lang die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft zu heben sucht. Ihre Mitgliederzahl hat wenigstens in den letzten Jahren ununterbrochen und stark zugenommen, doch können wir nicht feststellen, wie viele Zigarrenmacher noch außerhalb der Organisation stehen. Wie ernst es die Zigarrenmacher mit dem Ausbau ihrer Gewerkschaften nehmen, geht aus den hohen Beiträgen hervor, zu denen sie sich verpflichtet haben. Das Eintrittsgeld beträgt 12,60 Mk., der wöchent-

liche Beitrag 1,27 Mk., somit im Jahre weit über 60 Mk., was um so bemerkenswerter ist, als die Löhne der Zigarrenmacher auch in den Vereinigten Staaten sich nicht durch besondere Höhe auszeichnen. In den letzten 20 Jahren hat diese Organisation gegen 34 000 000 Mk. verausgabt. In bezug auf die Arbeitslosenunterstützung gilt sie als ein Muster der amerikanischen Gewerkschaften, ihr wird es zugeschrieben, daß sie weit besser als fast alle andern Gewerkschaften die große Wirtschaftskrise vom Jahre 1893 überstanden hat. Aber neben dem ausgebildeten Unterstützungsweisen wurden die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaft, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, nicht vernachlässigt, der Achtstundentag wurde erreicht und die Lage der Arbeiter erheblich verbessert. Dieser Kampf wurde mit zwei Mitteln geführt, nicht nur mit sehr zahlreichen Streiks, sondern auch mit der systematischen Anwendung der Kontrollmarke (Label), von der über 300 000 000 Stück ausgegeben wurden. Die Organisation mußte stets kampfbereit sein, weil die Unternehmer die ständige Einwanderung billigerer Arbeitskräfte zum Druck auf die Löhne der einheimischen Arbeiter auszunutzen suchten.

### Gewerkschaftliches.

**Goslar.** Der Zugang nach hier ist fernzuhalten, da sämtliche Arbeiter der Firma Hoppe entlassen sind.

Die Ortsverwaltung.

**Karlsruhe.** Die Tabakarbeiter der Firma M. Auerbach in Karlsruhe reichten am Montag, den 17. April, ihre Lohnforderung ein. Als Antwort wurde sämtlichen Tabakarbeitern gekündigt. Es wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

**Remdori.** Der Zugang nach der Firma Gorges u. Braumann ist fernzuhalten. S. A.: Der Bevollmächtigte.

**Siedran.** Zugang nach hier ist fernzuhalten, weil von der Firma A. Reichenbach u. Co. Maßregelungen vorgenommen wurden.

**Sriebus.** Der Zugang nach hier ist streng fernzuhalten, da die Arbeiter der Firma Pottgießer sich im Auslande befinden.

**Rottbus.** Bei der Firma F. A. und Herm. Niemer (Zuh.: Gebv. Wieland) bestehen Lohnunterschiede. Wir bitten den Zugang fernzuhalten.

**Ober-Ottendorf.** Bei der Firma Ernst Dohert bestehen Differenzen. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

**Seufenberg.** Wegen ausgebrochener Differenzen werden die arbeitenden Kollegen gebeten, den hiesigen Ort zu meiden. Zutritt ist in jedem Falle vor Abschluß des Arbeitsvertrages beim Bevollmächtigten einzuholen.

**Sifersheim.** Bei der Firma Heinrich Straßburger sind Lohnunterschiede ausgebrochen. Der Zugang ist streng fernzuhalten. S. A.: Der Bevollmächtigte.

**Stuttgart.** Bei der Firma Bodenheimer bestehen mit den Sortierern Lohnunterschiede. Näherer Bericht darüber folgt.

**Selten.** Die Kollegen, die gewillt sind, bei der Firma A. Löffler in Selten in Arbeit zu treten, wollen sich zuvor um Auskunft an Joh. Thejos, Selten, Viktoriastr. 17, Hof II wenden.

Der Kölner Gewerkschaftskongress erhält für seine Haltung die Zustimmung des Organisations, des Organs des Sortiererverbands. Aus den Neußerungen des Blattes wollen wir nur nachstehendes zur Beurteilung unserer Lesern hier wiedergeben:

„In und nach Stuttgart war viel die Rede von dem „roten Tuch“; hier in Köln fehlte daselbe äußerlich als Dekoration ganz, und es ging auch so! Wir halten es deshalb zum mindesten auch für unnötig, daß der Vorsitzende, Genosse Bömelburg, in seiner Schlussrede so gewaltig das „rote Tuch“ schwang. Das klingt ja alles recht schön, verpflichtet aber die Gewerkschaften zu nichts; denn auch der Vorsitzende eines solchen Kongresses hat u. G. nicht das Recht, so ohne weiteres alle angeschlossenen Organisationen für irgendeine politische Partei in Anspruch zu nehmen. Wenn wir als gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auf der einen Seite von der Regierung verlangen, daß sie unsere Verhandlungen, unsere Wünsche Rechnung tragen soll, so haben wir andererseits aber auch die Verpflichtung, nicht direkt provozierend aufzutreten. Und eine Provokation waren die Ausführungen Bömelburgs, noch dazu eine solche, die sich ohne Schaden für die Gewerkschaftsbewegung und auch ohne Schaden für die politische Organisation der Arbeiter sehr wohl hätte vermeiden lassen.“

**Engherzige Gewerkschaftspolitik.** Ueber eine eigentümliche Sperre wird dem Berner Bund berichtet:

„Infolge Arbeitsmangels haben die Graveure und Guillocheure in Besancon (Frankreich) verlangt, man möchte ihnen, ähnlich wie es in der Schweiz geschieht, die Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden verkürzen, unter Beibehaltung des gleichen Lohnes. Dies wurde mit Hilfe des internationalen Verbands der Graveure und Guillocheure durchgeführt. Die Maßnahme scheint nicht genügend gewirkt zu haben, denn die Graveure von Besancon sperren seitdem den Platz für schweizerische Arbeitskräfte. Die schweizerischen Kollegen protestierten gegen diese Maßnahme und verlangten unter Androhung der Sperre ihrerseits die Aufhebung der Verfügung. Als die gemachten Vorstellungen nichts fruchteten, sahen sich die schweizerischen Sektionen des Verbands gezwungen, Repressalien zu ergreifen. Und so können nun weder schweizerische Graveure und Guillocheure nach Besancon gehen, noch ist es ihren französischen Kollegen gestattet, nach der Schweiz zu kommen.“

Das wäre nun freilich die kurzschichtigste Politik, wenn die Gewerkschaftler sich auf dem Boden der Nationalität bekämpfen wollten.

**Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften und die Unterstützung der streikenden Ruhrbergleute.** Mehr als schief haben sich die Hirsch-Dunderschen wieder bei der Unterstützungsaktion der Ruhrbergleute erwiesen — die Berliner sowohl wie die „berühmten“ Düsseldorfser. Angehörigen

mußten sie selbst wohl sammeln. Sie nahmen aber auch Geld von Privaten und von verschiedenen politischen Vereinigungen in Empfang, das für die streikenden Bergarbeiter bestimmt war. Sie brachten so ca. 85 000 Mk. zusammen. In die gemeinsame Kasse der Bergarbeiter flossen von der ganzen Summe jedoch nur 3000 Mk., das übrige Geld behielten die Gewerkschaften für sich. Zwar wurden noch 16 000 Mk. an den Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Bergarbeiter gegeben, der sie nur für seine Mitglieder verwendeten. Die Intention der Geber außerhalb der Gewerkschaften war aber gewiß die, daß ihre Gelder der gemeinsamen Kasse zufließen. Speziell die Düsseldorfser hatten in ihren ersten Aufrufen (Berliner Volkszeitung) die gemeinsame Kasse betont. Besonders interessant ist aber, daß der „aufgeklärte“ Gewerkschaftsverein der Maschinenbau- und Metallarbeiter sich von den gesammelten Geldern 9000 Mk. zurückzahlen ließ!

**Der Buchdruckerverband,** dessen Generalversammlung vom 19. bis 28. Juni in Dresden stattfindet, hat im Jahre 1904 einen Zuwachs von 3238 neuen Mitgliedern zu verzeichnen gehabt. Das ist bei dem hohen Prozentsatz der bereits organisierten Berufsangehörigen eine sehr stolze Ziffer. Praktisch erfreulich ist freilich, daß am 1. April 1904 insgesamt 11 483 Gehilfen in 1382 Druckorten bei 4559 Firmen zu tarifmäßigen Bedingungen arbeiteten. Trotz äußerlicher und innerlicher Schwierigkeiten der Organisation sind die großen Vorteile des Verbands für die einzelnen Mitglieder unverkennbar. Während 1886 bei 18 800 Gehilfen 6700 Lehrlinge gezählt wurden und Ende 1891 bei 35 000 Gehilfen 18 000 Lehrlinge, standen im Jahre 1903 den rund 40 000 Gehilfen nur 9222 Lehrlinge gegenüber. Die Hauptkasse steigerte ihre Gesamteinnahmen von 1 065 188 Mk. im Jahre 1895 auf 2 262 806 Mk. im Jahre 1904, ihre Gesamtausgaben von 712 268 Mk. auf 1 834 823 Mk., ihren Ueberschuß von 352 920 Mk. auf 427 983 Mk. Es wurden gezahlt: 193 627 Mk. Reiseunterstützung, 514 401 Mk. Arbeitslosenunterstützung, 55 129 Mk. Reise- und Umzugskosten, 674 736 Mk. Krankengeld und 194 509 Mk. Invalidengeld, sowie 40 415 Mk. Vergrüßungsgeld — alles in dem einen Jahr 1904. Am Schluß desselben zählte der Buchdruckerverband 40 580 Mitglieder; in den letzten zehn Jahren hat er sich nahezu verdoppelt. In diesen zehn Jahren sind aus der Hauptkasse des Verbands und an Unterstützungen für andre Arbeiter aus Mitgliederkreisen rund 14 Millionen Mark verausgabt worden.

### Berichte.

**Gießen.** Hier selbst hatten sich aus den Orten Gleiberg, Großdorf, Heubelheim, Wiefel, Leichgelein, Garbenteich, Burkhardsenfelden und Gießen Vertreter zu einer engeren Beratung eingefunden. Kollege Hermann Wickelbader sprach in einem einleitenden Referat über die Bedrohung des Tabaks durch eben. Steuerprojekte. Immer und immer wieder suche man die Tabakindustrie zu demütigen. Die Tabakarbeiter, die bereits einen schweren Kampf um ihr gedrücktes Dasein führen, sollen durch Projekte dieser Art auf das tiefste Niveau herabgedrückt werden. Eine Steuervorlage würde hauptsächlich den Lohnarbeiter treffen, die Fabrikanten würden sich schon zu helfen wissen. Die Gegenstände würden dadurch zwischen Unternehmern und Arbeitern wesentlich verschärft. Redner bittet, dafür zu sorgen, daß der Verband sich zu einer ansehnlichen Macht entwickeln möge, nur so könnten wir der drohenden Unbill gegenüberstehen. Kartellvorsitzender Bod sprach in gleichem Sinne hierüber aus und forderte zur regen Agitation auf. Es wurde beschlossen, daß unter Mithilfe des Kartellvorsitzenden Besprechungen in den vertretenen Orten stattfinden sollen; hierauf sollen dann Versammlungen folgen. Nachdem noch der um ihr geschlechtes Recht kämpfenden Kolleginnen und Kollegen in Dresden gedacht worden war (der Kartellvorsitzende wird im Kartell für eine Unterführung agitieren), wurde die Versammlung nach Ausnahme der Kollegen der verschiedenen Orte in den Verband geschlossen. Es geht doch vorwärts!

**Wernigerode am Harz.** Die am 13. Juni im Volksgarten tagende Tabakarbeiterversammlung beschäftigte sich mit der Maßregelung des Kollegen Salzwedel. Die fortgesetzten Schikantierungen, die auf den Streik im vorigen Jahre zurückzuführen sind, führten dazu, daß der Kollege Salzwedel aufhören mußte. Die Versammlung erkannte dies einstimmig als eine Maßregelung an. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung, der Kampf der Zigarettenarbeiterinnen in Dresden, referierte Kollege Lehmann. Er führte die Entwicklung der Organisation der Dresdener Zigarettenarbeiterinnen vor Augen sowie die traurigen Lohn- und Gesundheitsverhältnisse in der Zigarettenindustrie. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 13. Juni im Volksgarten zu Wernigerode tagende Tabakarbeiterversammlung spricht den in Dresden um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Zigarettenarbeiterinnen ihre vollste Sympathie aus; sie verpflichtet sich, den kämpfenden finanzielle und moralische Unterstützung zu teil werden zu lassen; sie verpflichtet, bei allen Arbeitern darauf hinzuwirken, daß keiner die Fabrikate derjenigen Fabrikanten, die den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen wollen, raucht.“

## Der fünfte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands.

5. Verhandlungstag.  
(Schluß der Nachmittagsitzung.)

Köln, 26. Mai.

**Diehl-Frankfurt a. M.** (Nachdeder) empfiehlt die Resolution Glode. Die Maifeier habe den Organisationsgedanken bis in die weitesten Kreise verbreitet, auch bis zu den Frauen und Kindern getragen. Das könne eine Abendversammlung nimmer mehr. Wenn die Maifeieridee noch nicht genügend verbreitet sei, so trüge daran auch die mangelnde Tätigkeit der Gewerkschaftsführer einen Teil Schuld.

**Paul Hoffmann-Hamburg** (Seeemann): Wenn Robert Schmidt ein Wort Bebel's als demagogisch bezeichnet hat, so will ich mit Rücksicht auf den Vorsitzenden dieses ganz unmotiviert hineingehen hierher nicht gehöriger Gegenstände nicht auch so normen, obgleich ich es könnte. Bringmann kann ich versichern, daß wir Parteifunktionäre in Hamburg stets pflichtgemäß eifrig für die Maifeier gewirkt haben. Auch Stolten hat sich jetzt zu unserer Ansicht bekehrt. In diesem Jahre war die Maifeier in den landesweiten Bezirken bei Hamburg viel besser besucht als

\* Das zeigt der Trust aufs deutlichste im Kampf der Zigarettenarbeiter Dresdens, in dem der Trust die Führung der Unternehmer übernommen hat. D. Red.

**Wupper** — mein Nachbiger in der Rednerliste, der Kandidat des Kreises, ist allerdings anderer Meinung. (Stürmische Heiterkeit.) Gerade jetzt ist der ungeeignete Zeitpunkt, die Maifeier zu zelebrieren; danach würde das Scharfmachertum noch übermütiger werden. Aber die Gewerkschaften weichen harmonisch und friedlich den Konflikten aus. (Lachen.) Unnütz zahlen sie schon vom ersten Tage an Streikunterstützung und gewöhnen dadurch die Arbeiter, alle Handlungen nach dem Geldsack einzurichten. Ich stimme also für die Aufrechterhaltung der Arbeitsruhe am 1. Mai. Freilich, sollten wir die Maifeier neu schaffen, so würde ich nicht mitmachen. Aber jetzt dürfen wir nicht den Machtgeflüsten der Reaktionsäre Rechnung tragen.

**B. Müller-Hamburg** (Seemann): Wohl muß sich der Gewerkschaftskongreß mit der Frage der Maifeier beschäftigen. Ist es doch seine Pflicht, gegen die Schwächungen, die gegen die Zentralverbände in Bremen ausgeübt wurden, Protest zu erheben. Die Angriffe Richard Fischers treffen uns alle, denn abgesehen von zwei Ausnahmen haben alle Zentralverbände der Schmidt'schen Resolution zugestimmt. Wir könnten auf diese Angriffe mit der Frage nach der Zusammenziehung und Abstimmungsweise des internationalen Kongresses antworten; aber jedenfalls müssen wir mit der Partei, die auch die Arbeitsruhe nicht durchsetzen kann, und dem nächsten internationalen Kongreß ein deutliches Wort reden. Nicht um die Abschaffung der Maifeier handelt es sich, sondern um ihre Form und die Möglichkeit ihrer Vereinheitlichung. Ich begreife ja, daß der Vertreter Frankfurts sich für die Arbeitsruhe am 1. Mai begeistert, denn die Maifeier ist diesmal in Frankfurt am 21. Mai begangen worden. (Stürmische Heiterkeit.) Nachdem der Kongreß sich so entschieden gegen den Generallstreik erklärt hat, muß er sich auch gegen den eintägigen Generallstreik, die Arbeitsruhe am 1. Mai, aussprechen. (Heiterkeit und Beifall.)

**Reichstagsabgeordneter Voss-Gotha**: Manchen Genossen scheint das Gefühl der Zusammengehörigkeit abhanden gekommen zu sein. Nur so kann ich mir das leichtfertige Urteil Bringmanns erklären. Weiß er nicht, daß er auf dem besten Wege ist, einen Konflikt mit der Partei heraufzubeschwören? Robert Schmidt nannte die Länder, die den 1. Mai nicht feiern. Warum führte er uns nicht Oesterreich als Beispiel für die Maifeier vor? (Robert Schmidt: Nur Wien!) Oder Schweden, Dänemark und andre? (Zuruf: Und andre?) Man fragt, was die Partei getan hätte, um die Mai-Gemäßigkeiten zu unterstügen. Ich weiß es nicht, aber in ihren früheren wirtschaftlichen Kämpfen haben die Gewerkschaften nur an der Sozialdemokratie eine Stütze gefunden und sollte ihr nicht Anknüpfen zwischen die Beine werfen. (Bravo!) Man nähert sich aber immer mehr dem Standpunkte Reichhäusers, dem eine Viertelstunde Arbeitszeitverkürzung wichtiger ist, als drei Millionen Sozialdemokraten. (Widerpruch von Reichhäuser.) Das muß die Partei zugrunde richten. (Reichstagsabgeordneter Gué: Das ist doch wohl nicht möglich! Ein Reichhäuser doch wohl nicht? Heiterkeit.) Jetzt, wo die Gewerkschaften größer geworden sind, wollen sie den 1. Mai auf Abbruch verkaufen. (Unruhe und Widerspruch.) Wenn alle Gewerkschaftsführer mitgegangenen wären, wäre die letzte Maifeier noch gewaltiger geworden. Im vorigen Jahre jubelten sie Bömelburgs Worten zu, daß Partei und Gewerkschaften eins seien. Wenden Sie das Wort jetzt an, machen Sie einander nicht leidenschaftliche Vorwürfe, sondern erledigen Sie diese Debatte so rasch als möglich durch Annahme der Amsterdamer Resolution. (Lebhafter Beifall.)

**Scheffel-Leipzig** (Maschinist): Abendversammlungen sind überhaupt keine Demonstration. Wollen wir den 1. Mai nicht eher feiern, als bis alle Arbeiter ihn feiern, so werden wir wohl früher den Achtstundentag haben. Die ganze Agitation gegen die Maifeier geht von den Vorständen aus, die keinen Pfennig herausgeben wollen. Dieses Sparhüßchen, über dem das System zugrunde gehen mag, bedeutet eine Verflachung des Gewerkschaftslebens. (Bravo!)

**Leimpeters-Hochem** (Vergarb.): Der Gedanke der Maifeier ist an sich vorzüglich, aber die Arbeitsruhe ist undurchführbar. Dieses Jahr demonstrierten wir in Necklinghausen zu 20 Mann, darunter 17 gemäßigtere Bergleute. (Heiterkeit.) Das ist nach 15 Jahren keine Maidemonstration, sondern eine Maifarikatur. Die Beschlüsse des internationalen Kongresses binden uns nicht. Die Chinesen und Botofuden können nicht bestimmen, was wir ausführen sollen. (Heiterkeit. Unruhe.) 1890 hat die Reichstagsfraktion sich nicht um den internationalen Beschluß gekümmert. Und da sollten wir, die wir nicht einmal „von einer unfotografierbaren Masse zusammengewählt sind“, wie die Leipziger Volkszeitung sagte, nicht diesen Männerstolz vor Königsthronen zeigen? (Große Heiterkeit.) Der Beschluß des Maurerverbands, den 1. Mai zu feiern, aber keine Verbandsmittel dafür bereit zu stellen, ist ein Verbrechen. (Unruhe.) Familienväter können nicht ihre ganze Existenz so leichtfertig aufs Spiel setzen. Was sollen die Vergarbeiter machen, die wegen der Maifeier eine Geldstrafe bekommen haben? Weber unfer Verband, noch die Partei gibt ihnen die 15 Mk. Am Ende müssen sie noch zum heiligen Antonius von Düsseldorf (Antonius Erlenz, Vorsitzender des Kirch-Dunderschen Ausbreitungsverbands) betteln gehen. (Große Heiterkeit.) Den lendenlahmen Gaul der Maifeier spanne ich nicht vor meine Agitationskarré. (Große Unruhe; vereinzelter Beifall.)

**Hufmann-Hochem** (Vergarb.): Leimpeters stand mit seiner Ansicht auf unserer Generalversammlung ganz allein. Wenn die Vergarbeiter den 1. Mai nicht feiern, so ist unser Dragan schuld daran, das keinen Maifeiertitel bringt. (Hört, hört!) Die Vergarbeiter können am Abend nicht leichter feiern als am Tage. Jetzt sind sie stolz darauf, sich ihren eigenen Arbeiterfeiertag errungen zu haben. (Bravo!)

**Frisch-Landsküt u. Süß-Verlin** (Textilarb.) legen dar, daß den Textilarbeitern trotz aller Agitation angesichts der kapitalistischen Unternehmung nur in verschwindender Zahl möglich sei, am 1. Mai zu feiern.

**Reichele-Stuttgart** (Metallarb.): Timm fragte, was denn vorgekommen sei, daß wir den 1. Mai nicht mehr feiern wollten. Umgekehrt sollte er fragen. Wir waren nicht von vornherein gegen die Maifeier eingenommen, aber wir haben erkennen müssen, daß die Maifeier einen wesentlichen Einfluß auf die Umgestaltung unserer öffentlichen Verhältnisse nicht ausübt. Unter den Metallarbeitern feiern nach unserer Statistik 7,1 Prozent, unter den Textilarbeitern und Vergarbeitern noch weniger. (Hört, hört!) Durch Vereinheitlichung der Feier wollen wir sie wirksamer gestalten. Der Schlußsatz der Resolution Schmidt befriedigt uns allerdings nicht, aber wir haben uns davon gefügt, dem nächsten internationalen Kongreß nicht vorzugreifen. (Bravo!)

**Voss-Bömelburg** teilt mit, daß eine Resolution Voss eingegangen ist, die die Generalkommission auffordert, sich noch vor dem nächsten Parteitage mit dem sozialdemokratischen Parteivorstand zu verständigen.

### 6. Verhandlungstag. (Vormittagsitzung.)

Köln, 27. Mai.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht Stühmer-Verlin (Schneider) von dem Streifen im Schneidergewerbe Mitteilung. Nach fünfjährigem Streit in Sieben und Leipzig verlangte der Arbeitgeberverband, daß wir bedingungslose Unterwerfung unserer Mitglieder anbefehlen. Zugleich verlangte er überall Anfertigung von Streitarbeit und lehnte jede Verhandlung, jede Unterwerfung unter einen Schiedspruch und dann die Vermittlung des Arbeitgebervereins in Braunschweig ab. Die Zahl derer, die nach Ablehnung der Zumutungen der Unternehmer ausgesperrt sind, betrug 4000, aber die Aussperrung dürfte bald noch größeren Umfang annehmen.

Der Kongreß tritt in die Tagesordnung ein. Zur abschließenden Debatte über die Maifeier erhält das Wort

**Gerlikke-Dresden**: Die Stimmung der Arbeiterschaft in den großen Industriorten ist: entweder — oder. Aber die Verlegenheits-Resolution Glocke erfüllt diesen Wunsch nicht: Mehr wie bisher wird die Maifeier seit 15 Jahren gefeiert, und seit 15 Jahren verkünden nach jedem 1. Mai die Parteizeitungen, daß jedesmal die Maifeier viel größer gewesen sei, als bisher. (Sehr gut!) Ist nun die Maifeier Opfer und Einfluß wert? Ich glaube, wir nützen der Arbeiterschaft mehr, wenn wir praktisch auf die Verkürzung der Arbeitszeit hinwirken und nicht mehr den freien Mattag hinterher durch Ueberstunden einholen. (Sehr gut!)

**Döblin-Verlin** (Buchdrucker): Die Buchdrucker müssen immer dazu herhalten, die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses interessant zu machen. Ich kann in bezug auf das Zitat aus dem Correspondent nur sagen, daß Bebel über die Angriffe auf uns in den Parteizeitungen sagte: „Bei uns herrscht Preßfreiheit.“ Freilich, wenn Reichhäuser wirklich solche Dummen geschrieben hätte, wie Voss gesagt hat, würde ich auch dafür sein, daß er abgesetzt wird. (Heiterkeit.) Es zeigt doch von wenig Vertrauen in die Festigkeit der Partei, wenn man glaubt, daß sie durch einen Artikel im Correspondent erschüttert werden könnte. Aber ebenjowenig kann die Partei gefährdet werden durch irgendein Urteil des Gewerkschaftskongresses gegen die Maifeier. Die Maifeier hat unliebbare Streitereien in der Gewerkschaftsbewegung hervorgerufen. Ist nicht diese unfruchtbare Debatte der beste Beweis dafür, daß die Maifeier zersplitternd auf die Arbeiter wirkt? Den Unternehmern imponiert die Maifeier wirklich sehr wenig, wenn sie die Arbeiter nach dem 1. Mai noch ein paar Tage feiern lassen. Es muß ein Gefühl der Schwäche bei den Arbeitern herbeirufen, wenn sie sich solche Behandlung gefallen lassen müssen. Die Maifeier ist nicht entsprechend dem Wachsen der Organisationen gewachsen. Früher konnten die Gewerkschaften lässig sein, sie hatten nichts zu verlieren. Heute ist das Verantwortlichkeitsgefühl der Leiter naturgemäß gestiegen. Unre Taktik geht darauf hinaus, dem Unternehmertum möglichst keine neuen Angriffspunkte zu geben. Wir verstoßen mit der Resolution Schmidt nicht gegen den internationalen Beschluß. Wir drücken nur unsere Meinung aus und geben dem nächsten internationalen Kongreß ein Avis. Wenn wir uns in einer uns eng berührenden Frage zu einer selbständigen Meinungsäußerung unfähig erklären, so würden wir die Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Partei diskreditieren. (Sehr wahr!) Glocke sagt: Wir Buchdrucker sollten einmal mit der Arbeitsruhe am 1. Mai anfangen. Die Buchdrucker feiern, wo es ohne Schädigung möglich ist. Aber von der Arbeitsruhe erwarten wir eben Schädigung und daher lassen wir es. (Heiterkeit.) Sie sehen, wir entsprechen der Amsterdamer Resolution auch. (Heiterkeit.) Es ist schließlich nur zu erwägen, ob die internationalen Kongresse die richtige Stelle zu Beschlüssen sind, die so tief in das soziale Wirtschaftsleben eingreifen. Die Veranlasser des Beschlusses waren sich seiner Tragweite wohl nicht voll bewußt.

**Beher-Leipzig** (Maurer): Zunächst muß ich den toten Schoenlant gegen die Schmidt'sche Behauptung im Schutz nehmen, er habe vor 9 Jahren sich gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai erklärt. In Wirklichkeit hat er nur gesagt, daß die Schneider in dem betreffenden Jahre anders gehandelt hätten, als die Leipziger Arbeiter im allgemeinen. Die Arbeitsruhe in Leipzig bestand von Anfang an bis heute und hat sich im letzten Jahre sehr verstärkt. Die Schneider hatten damals eine besondere Versammlung einberufen und haben sich nicht an der großen allgemeinen Versammlung beteiligt, die wir jedes Jahr in Stötteritz veranstalten. Dagegen hat sich Schoenlant gewandt, nicht aber gegen die Arbeitsruhe am 1. Mai. Ich stehe, was die Frage selbst betrifft, auf dem Standpunkt, daß vorgeschrittene Gruppen und Bezirke nicht zurückgehalten werden sollen durch Bezirke und Bezirke, die noch nicht so weit gekommen sind. Wer noch zurück ist, muß sich damit begnügen, die Maifeier im Geiste mitzufeiern. Wenn im Handumdrehen alles zu gewinnen wäre, was wir fordern, dann stände es anders. Auch die volle Arbeitsruhe am 1. Mai ist nicht ohne weiteres, vielleicht in einem Jahrzehnt noch nicht zu erreichen. Darüber war man sich von vornherein auch in Paris klar. (Widerpruch.) Der Wert der Maifeier liegt darin, daß die Allgemeinheit an einem Tage in der ganzen Welt unsere Forderungen erhebt, die einen durch absolute Arbeitsruhe, die andern dadurch, daß sie im Geiste mitfeiern. Die Aufklärung, die der 1. Mai bringt, ist die Hauptfache. Es sollte doch auch nicht vergessen werden, daß die Mehrzahl der Verbandstage beschloffen hat, es in Sachen der Maifeier beim alten zu lassen. (Sehr richtig!) Wenn wir anders beschließen, machen wir uns nur zum Sturmböck gegen unsere eigenen Verbandstage. Nachgelassen hat das Ruhehalten der Arbeit am 1. Mai durchaus nicht. In Leipzig hatten am letzten 1. Mai 15—18 000 Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Vormittagsversammlungen waren von 6000 Personen besucht. Wir Maurer stehen in großer Majorität auf dem Standpunkt der Amsterdamer Resolution und entscheiden uns für die Resolution Glocke. (Bravo!)

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Das Schlußwort erhält Robert Schmidt: Ich habe Ihnen zuerst mitzuteilen, daß wir uns geeinigt haben, sämtliche Resolutionen zurückzuziehen. (Große Bewegung.) Da wir nicht die Absicht hatten, an der Sache selbst etwas zu ändern, wollen wir es an der Aussprache genug sein lassen. Wir hoffen, daß der nächste internationale Kongreß Mittel und Wege finden wird, eine die Gewerkschaften befriedigende Regelung der Frage herbeizuführen. Ein zweites wollen wir alles unterlassen, was der in der bürgerlichen Presse wiederholt aufgetauchten Ansicht von Gegensätzen zwischen Partei und Gewerkschaft ein Relief geben könnte. Niemand von uns ist bestrebt, einen Gegensatz hervorzuheben, der tatsächlich nicht besteht. (Sehr wahr!) Meinungsverschiedenheiten bestehen überall, auch innerhalb der Partei. Voss ist seit 15 Jahren stehen geblieben. Damals waren natürlich die Gewerkschaften nur eine Hilfsgruppe der Partei. Seitdem haben sie gezeigt, was sie leisten können, mit der großen Macht haben sie ganz natürlich auch die Freiheit der Entscheidung bekommen. Diese Entwicklung sollte man auch auf der anderen Seite berücksichtigen und als einsichtiger Politiker den Gewerkschaften entgegenkommen. Man sollte es möglichst vermeiden, Reibungsflächen zu schaffen, damit sich die beiden Teile der Arbeiterbewegung nicht in gegenseitigen Kämpfen erschöpfen. Gerade um jeden Gedanken an einen Konflikt von vornherein abzuschneiden, bitte ich Sie, von einer Beschlusfassung abzusehen. (Bravo!)

Vorsitzender Bömelburg: Anträge liegen nicht vor. Nach meiner Auffassung bleibt damit der Beschluß des Amsterdamer Kongresses für uns maßgebend, so daß wir die Maifeier genau so wie bisher begehen, und die Gewerkschaften für verpflichtet halten, im Rahmen des Beschlusses dafür zu sorgen, daß die Arbeitsruhe nicht weniger, sondern mehr als bisher durchgeführt wird. (Bravo!) Ich glaube aber, daß gleichzeitig zum Ausdruck gebracht werden soll, daß die in Betracht kommenden beiden Körperschaften sich noch vor dem nächsten internationalen Kongresse, nicht erst a u f ihm über eine bestimmte Stellung zur Maifeier sich einigen sollen. Der Gewerkschaftskongreß drückt ferner den Wunsch aus, daß auf dem nächsten internationalen Kongreß diese Frage nicht so nebenbei behandelt werden soll, sondern einer eingehenden Besprechung zu unterziehen ist. Das wird wohl leicht möglich sein, da die langen Debatten über Taktik usw. nicht mehr notwendig sein dürften. (Reichstagsabgeordneter Gué: Nicht Du das genau?) Widerpruch gegen meine Feststellung ist nicht erhoben worden, der Kongreß hat demnach so beschloffen. (Zustimmung.) Damit ist die Frage der Maifeier erledigt.

Die Fünfeznerkommission legt die inzwischen fertiggestellte Resolution über Streikunterstützungen vor. Sie lautet:

1. In bezug auf die Streikunterstützung ist mit ganzer Entschiedenheit an dem Grundsatz festzuhalten, daß die Führung

der Streiks, so auch die Beschaffung der Mittel zu ihrer Unterstützung Aufgabe jeder einzelnen Gewerkschaft und die allein richtige Beschaffung der Mittel die Erhebung ausreichend hoher Mitglieberbeiträge ist.

2. Der Kongreß macht es deshalb den Gewerkschaften zur Pflicht, soweit es noch nicht geschehen ist, ihre regelmäßigen Beiträge so festzusetzen, daß sie ihnen auch größeren Anforderungen gegenüber die finanzielle Selbstständigkeit sichern, wie auch bei der Beschlusfassung über Arbeitseinstellung sich immer im Rahmen der eignen finanziellen Leistungsfähigkeit zu halten.

3. Ist somit die Aufbringung von Mitteln zur Streikunterstützung durch allgemeine Sammlungen in gewöhnlichen Fällen zu verwerfen, so kann trotzdem auch in Zukunft bei unerwarteten großen Streiks oder Aussperrungen ausnahmsweise die finanzielle Hilfe der gesamten organisierten Arbeiter zur erfolgreichen Durchführung solcher außerordentlichen Kämpfe im allgemeinen Interesse notwendig werden.

4. In solchen außerordentlichen Fällen soll deshalb die Generalkommission ermächtigt sein, auf Antrag der betreffenden Gewerkschaften unter Zustimmung der übrigen Zentralverbände die Beschaffung finanzieller Mittel eventuell durch Vornahme allgemeiner Sammlungen zu veranlassen.

5. Die Gewährung jeder derartigen Unterstützung hat zur Voraussetzung, daß der Generalkommission von der betreffenden Gewerkschaft über die Leitung des Kampfes und alle taktischen Maßnahmen bis zu seiner Beendigung das Mitbestimmungsrecht eingeräumt wird. Ueber die zweckmäßige Verteilung der gesammelten Gelder hat die Generalkommission zu entscheiden. Alle solche Gelder sind aus diesem Grunde an die Generalkommission abzuführen.

6. Die Gewerkschaftskartelle sind nicht berechtigt, selbstständig solche Sammlungen vorzunehmen, sondern erst dann, wenn durch die Generalkommission ein diesbezüglicher Aufruf erfolgt. Besondere Beiträge für die angeschlossenen Gewerkschaften zu diesem Zwecke zu beschließen, ist den Kartellen gleichfalls nicht gestattet.

7. Die Kontrolle der Generalkommission über die richtige Verwendung der Erträge und etwaiger Ueberschüsse einer Sammlung steht der Konferenz der Zentralverbände zu.

Bringmann-Hamburg empfiehlt seine Resolution als Berichterstatter.

RäpLOW-Hamburg bedauert die ausdrückliche Zustimmung öffentlicher Sammlungen in der Resolution.

Weinshild-Offenbach legt dar, daß manchmal Streiks auch angenommen werden müßten, selbst wenn man wüßte, daß sie über die Mittel der Organisationen hinausgingen. Sein Verband sei durch die Handelsverträge in eine Lohnbewegung geradezu hineingetrieben worden. Von den Porzellanwaren wurden 66 Prozent exportiert, 50 Prozent davon nach Rußland und Oesterreich. Jetzt habe Rußland in den neuen Handelsverträgen den Zoll von 4 auf 17½ Mark, Oesterreich von 70 auf 750 Mark erhöht. (Lebhaftes Hört, hört!) Damit sei der Export vernichtet. Nur eine Verkürzung der Arbeitszeit könne den Porzellanwerkern die Arbeit erhalten. 75 Prozent der Berufsgenossen, von denen 95 Prozent organisiert seien, ständen in einer offenen Lohnbewegung.

Der Berichterstatter Bringmann entgegnet, daß die Resolution nicht engherzig ausgelegt werden solle. Unter Ablehnung eines Antrags Weinshild wird die unveränderte Resolution gegen 17 Stimmen angenommen.

Die Referenten Gué und Umbreit legen die von ihnen endgültig formulierte Resolution betr. Arbeiterkammern vor. Sie lautet:

Der fünfte deutsche Gewerkschaftskongreß erwartet von der Reichsgesetzgebung die Schaffung von Arbeiterkammern als gesetzlich anerkannte Arbeitervertretung. Dieselben sollen berufen sein, in allen die Interessen der Arbeiterschaft betreffenden Angelegenheiten Anträge zu stellen, Gutachten zu erstatten, Beschwerden zu führen, bei der Veranlassung von Enqueteen und arbeitsstatistischen Aufnahmen, sowie insbesondere bei der Ausgestaltung, Durchführung und Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und an der Förderung korporativer Arbeitsverträge mitzuwirken.

Der Kongreß erblickt in dem geplanten Ausbau der Gewerbevereine zu Arbeiterkammern nur den Versuch, die Wirksamkeit selbst dieser Organe zu verkümmern und eine Vertretung der weiblichen Arbeiterschaft auszuschließen. Von der Ueberzeugung durchdrungen, daß dieser Weg nicht geeignet ist, die gleichberechtigten Mitarbeiter der Arbeiterklasse in Reich und Staat zu gewährleisten, verwirft der Kongreß durchaus diese wie jede andre Lösung, die der Schaffung selbständiger Kammern entgegensteht.

Als unerläßliche Vorbedingung erachtet der Kongreß, daß das aktive und passive Wahlrecht zu diesen Kammern auf der Basis des Proportionalwahlsystems allen großjährigen Arbeitern und Arbeiterinnen in Vergbau, Industrie und Gewerbe, Handel, Verkehr und Landwirtschaft erteilt wird, und daß die besoldeten Angestellten der Berufsvereine ebenso wie berufstätige Arbeiter wählbar sind.

Sie wird gegen 2 Stimmen endgültig angenommen.

Massini-Verlin (Buchdrucker) teilt das Resultat der Wahlen zur Generalkommission mit. Gewählt sind: Legien (Holzarbeiter) mit 182, Sassenbach (Sattler) mit 176, Rube (Zimmerer) mit 179, Silberichmidt (Maurer) mit 180, Sabath (Schneider) mit 150, Döblin (Buchdrucker) mit 140, Knoll (Steinfecker) mit 135, Robert Schmidt (Holzarbeiter) und Schumann (Transportarbeiter) mit 118, und Drunzel (Töpfer) mit 101 Stimmen.

Unter verschiedenen Anträgen werden angenommen: einer des Gärtnervereins auf Regelung des Gärtnerrechts, einer der Friseurgehilfen, wonach die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die Organisation der Barbier- und Friseurgehilfen unterstützen sollen. Abgelehrt wird mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Zeit der Antrag der Bildhauer auf Bekämpfung des Alkoholismus. (Heiterkeit.)

Auf die Tagesordnung des nächsten Gewerkschaftskongresses werden gesetzt: 1. Der Boykott als gewerkschaftliche Waffe, 2. Die Frage der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung.

Die Hamburger Delegierten bitten, den nächsten Kongreß in Hamburg abzuhalten. (Beifall.)

Bömelburg: Wir stehen am Ende unserer Arbeiten. Wir hatten zwei Fragen zu erörtern, bei denen die Gefahr nahe lag, daß wir in einen Gegensatz zur Partei gerieten. Aber wenn auch sachliche Meinungsverschiedenheiten vorkommen können, Partei und Gewerkschaft sind doch eins. (Lebhafter Beifall.) Wenn wir auseinandergehen mit dem festen Vorsatz, in 3 Jahren die 2 Millionen Mitglieder erreicht zu haben, können wir getrost in die Zukunft sehen. Die Einigkeit muß unsere Parole sein! Hoch die Einigkeit der deutschen Arbeiterbewegung! (Stürmischer Beifall.)

### Literarisches.

In den soeben ausgegebenen Hefen von In freien Stunden wird neben dem illustrierten Hauptroman Im Wanne der Versuchung die kleine Erzählung von Grillparzer Des Klopfer bei Sandomir abgedruckt, dessen Stoff Gerhard Hauptmann seinem letzten Drama zu Grunde legte. Mit dem 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf diese Zeitschrift, worauf wir unsere Leser bereits jetzt aufmerksam machen.

Von der schon vielfach verbreiteten alten Agitationsbroschüre Nieder mit den Sozialdemokraten! hat sich abermals ein Nachdruck erforderlich gemacht. Die Broschüre ist für die Massenagitation besonders geeignet und zu billigen Preisen von der Buchhandlung Vorwärts zu beziehen. Der Einzelpreis beträgt 10 Pf.